

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

51–52/2006 · 18. Dezember 2006



Lateinamerika

Wilhelm Hofmeister

Demokratie in Lateinamerika

Juliana Ströbele-Gregor

Indigene Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika

Ingo Niebel

Neopopulismus oder Emanzipation?

Günther Maihold

Alte Konflikte und neue politische Kräfte im Andenraum

Silvana Krause

Brasilien nach den Wahlen 2006

Anne Huffschmid

Traurige Demokratie: Mexiko vor der „Unregierbarkeit“

Editorial

Mit den Präsidentschaftswahlen in Venezuela am 3. Dezember ging in Lateinamerika das Superwahljahr 2006 zu Ende. Gewählt wurde der „Populist“ Hugo Chávez. Sieben Staaten Südamerikas werden nun von Präsidenten regiert, die links von der Mitte stehen und gern als Populisten bezeichnet werden. Darüber hinaus wurde in Nicaragua der Sandinist Daniel Ortega zum Präsidenten gewählt. In Peru und Mexiko scheiterten Kandidaten der Linken knapp und erkennen das Wahlergebnis nicht an. In Mexiko hat sich der ebenfalls knapp Unterlegene López Obrador als „Präsident“ öffentlich „ins Amt“ einführen lassen und eine Gegenregierung gebildet. Stabilität verheißt dies nicht.

In Europa ist der Begriff „Populismus“ negativ besetzt. Anhand einer opportunistischen Politik versucht ein „Populist“, durch Emotionalisierung Menschen zu mobilisieren und für seine Ideen zu gewinnen. In Lateinamerika wird der Begriff gegen die Linksregierungen eingesetzt. Einige Analysten vertreten die These, dass die Politik, die in Europa als „Neopopulismus“ bezeichnet wird, in Lateinamerika eher den Versuch darstelle, sich von der Bevormundung durch die Industriestaaten zu befreien, indem sie sich politisch und wirtschaftlich emanzipieren.

Der Neopopulismus in Lateinamerika versteht sich als eine Bewegung gegen Globalisierung und Neoliberalismus. Das Desaster, das durch die Umsetzung dieser Konzepte in Argentinien angerichtet worden ist, wirft die Frage auf, ob eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit einer demokratischen Institutionalisierung im Sinne des Ausbaus rechtsstaatlicher Elemente, sozialen Ausgleichs und besserer Partizipationsmöglichkeiten einhergehen kann.

Ludwig Watzal

Wilhelm Hofmeister

Demokratie in Lateinamerika

Essay

Wenn Wahlen ein Indikator für Demokratie sind, dann bestätigt sich im Jahr 2006, dass sich die Demokratie in Lateinamerika seit dem Ende der Militärregierungen ein gutes Stück konsolidiert hat. Von Haiti und Chile, wo zudem mit Michelle Bachelet erstmals eine Frau siegte, über Costa Rica, El Salvador, Peru, Kolumbien, die Dominikanische Republik, Mexiko, Brasilien, Ecuador

Wilhelm Hofmeister

Dr. phil., geb. 1956; seit 1997 Landesbeauftragter und Leiter des Forschungszentrums der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brasilien.
wilhelm.hofmeister@adenauer.org.br

und Nicaragua bis zu den Präsidentschaftswahlen in Venezuela am 3. Dezember fanden 2006 in zwölf Ländern des Subkontinents Präsidentschafts- und/oder Parlamentswahlen statt. Demokratie hat sich trotz all ihrer Schwächen und Probleme als dominierende Regierungsform in der Region durchgesetzt. Die meisten Länder erleben die längste Zeit demokratischer Regierungen. Andere Akteure wie die Militärs oder wirtschaftliche Eliten haben ihre frühere Macht zur Boykottierung und Destruktion demokratischer Regierungen eingebüßt. Selbst schwierige politische Krisen, die in der Vergangenheit unvermeidlich zu Staatsstreichern geführt hätten, wie in Argentinien, das um die Jahreswende 2001/2 in einer Woche fünf Präsidenten hatte, oder in Bolivien, wo innerhalb einer Legislaturperiode 2003 und 2005 zwei Präsidenten von Massenprotesten aus dem Amt gedrängt wurden, sind auf demokratischem Weg – durch Wahlen – beigelegt worden.

Demokratie hat sich jedoch nicht nur als Verfahren zur Auswahl der Regierenden bewährt, sondern auch weitere politische und gesellschaftliche Entwicklungen in die Wege geleitet. Dazu gehört das Erstarken „linker“ Parteien und Kandidaten bei den Wahlen der

letzten Jahre sowohl auf nationaler wie auf regionaler und lokaler Ebene. Diese Parteien regieren oder regierten beispielsweise Städte wie São Paulo, Buenos Aires, Mexiko, Bogotá oder Montevideo. Dadurch haben sie Regierungserfahrung gesammelt, konnten ihre Kader schulen und vor allem auch ihre soziale Basis erweitern. Tabaré Vazquez, der 2005 in Uruguay zum Präsidenten gewählt wurde, oder der unterlegene Präsidentschaftskandidat Andrés Manuel Lopez Obrador in Mexiko haben als Bürgermeister ihrer Hauptstädte nationales Gewicht gewonnen.

Zugleich hat die Demokratie neue soziale Bewegungen gefördert, die ein beachtliches Maß an Handlungskapazität erreicht haben. Zwar wurden die Gewerkschaften infolge der Anpassungs- und Liberalisierungsprozesse der neunziger Jahre deutlich geschwächt und haben vielerorts an Einfluss verloren, doch die Dezentralisierungsprozesse förderten die Entstehung sozialer Bewegungen, die vielfach zwar eine eher lokale und regionale Aktionsplattform besetzen, sich aber in einigen Fällen zu wichtigen nationalen Akteuren entwickelten. Vor allem mit ihren Aktionen gegen (neo-)liberale Reformen gewannen sie Einfluss, wie das Beispiel der „*piqueteros*“ in Argentinien oder das der Bewegungen gegen die Privatisierung der Wasserversorgungsunternehmen in Bolivien zeigt. Zugleich haben sie den linken Parteien geholfen, die zu ihnen enge Beziehungen unterhielten, wie etwa die Arbeiterpartei (PT) in Brasilien, die Bewegung für den Sozialismus (MAS) in Bolivien oder die *Frente Amplio* in Uruguay. Die politisch einflussreichsten Bewegungen der letzten beiden Jahrzehnte aber sind zweifellos die Bewegungen der *indigenas*, die in Bolivien und Ecuador mehrfach entscheidend zum Sturz von Präsidenten beitrugen und in Bolivien mit Evo Morales mittlerweile selbst den Präsidenten stellen.

Dieses auf den ersten Blick recht positive Bild der lateinamerikanischen Demokratie wird jedoch durch einige andere Facetten erheblich getrübt. Zwar bestätigen Meinungsumfragen immer wieder, dass die Lateinamerikaner sie für die im Prinzip beste Regierungsform halten, doch die überwältigende Mehrheit ist mit der „*performance*“, der Leistung ihrer demokratischen Systeme und Regierungen, höchst unzufrieden. Das gilt vor allem im Hinblick auf die Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit sowie die öf-

fentliche Sicherheit. Eine wachsende Zahl von Lateinamerikanern, in einigen Ländern sogar eine Mehrheit, ist deshalb bereit, eine Einschränkung der Demokratie hinzunehmen, sofern ihnen eine „autoritärere“ Regierungsform bessere Lebensbedingungen bieten kann.

Nichts verdeutlicht die Schwäche der Demokratie in Lateinamerika so sehr wie die Tatsache, dass seit 1993 nicht weniger als 14 gewählte Präsidenten vorzeitig aus dem Amt ausscheiden mussten, in nicht wenigen Fällen von Massenprotesten vertrieben wurden. Das ist Ausdruck der Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen wie den Parlamenten, Parteien, der öffentlichen Verwaltung und der Justiz, die in den meisten Ländern ein denkbar schlechtes Ansehen genießen. Vor allem die Parteien gelten als unfähig, soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Die Parteiensysteme sind geprägt durch mangelnde Institutionalisierung, Fragmentierung und Polarisierung, und die Mehrheit der Parteien zeichnet sich aus durch Korruption, die Unfähigkeit zur Förderung neuer Führungspersonen, fehlende Transparenz, Klientelismus und *Caudillismo*, mangelnde innerparteiliche Demokratie sowie das Unvermögen, sich neuen Aufgaben zu stellen und programmatische Antworten auf die komplexeren Fragen der modernen Gesellschaft zu entwickeln. Auch wenn diese Bemerkungen etwas stereotyp klingen mögen, werden sie wohl von der Mehrheit der Lateinamerikaner vorbehaltlos bestätigt.

Sind die Schwächen der Parteien praktisch für jedermann sichtbar, so erlebt die Demokratie in etlichen Ländern einige Transformationen, die eher diskret verlaufen, aber dennoch ihren Kern angreifen. Verfassungen werden nicht ausgesetzt, aber reformiert, um den aktuellen Machthabern noch mehr Macht in die Hände zu geben; Gesetze werden nicht gebrochen, aber partikularen Machtinteressen angepasst; die Exekutive weitet ihre Handlungsspielräume auf Kosten des Einflusses und der Kontrollmöglichkeiten der Parlamente aus, eliminiert unabhängige Gerichte und stellt die Richter unter ihre Kuratel. Zudem üben traditionelle oder „moderne“ Akteure wie Großgrundbesitzer, Rauschgiftkartelle oder auch Wirtschafts- und Finanzgruppen einen erheblichen Einfluss auf den politischen Prozess aus. Andererseits gehen

manche anti-systemischen Bewegungen wie MAS in Bolivien, CONAIE in Ecuador, die „*piqueteros*“ in Argentinien oder ein Teil der Landlosenbewegung MST in Brasilien eher taktisch mit den Spielregeln repräsentativer Demokratie um.

Diese Schwächen weisen auf gravierende Probleme der Institutionalisierung von Demokratie hin. Die Länder sind davon jedoch in unterschiedlichem Maße betroffen. Chile, Uruguay und Kolumbien besitzen traditionell starke Institutionen, die auch in Brasilien und Mexiko deutlich gestärkt sind. Bolivien, Ecuador und Venezuela sowie in gewissem Sinne auch Argentinien erlebten dagegen einen gegenläufigen Prozess der „Ent-Institutionalisierung“. Das sind im Wesentlichen Länder, die von der „neuen Linken“ regiert werden.

Es ist jedoch nicht ganz richtig, diese mit dem Begriff „Neo-Populisten“ zu charakterisieren, schon weil sie im Gegensatz zu den älteren Populisten mittlerweile ebenso um gesamtwirtschaftlich stabile Rahmenbedingungen, die Vermeidung von Haushaltsdefiziten und um Inflationskontrolle bemüht sind wie die eher „konservativen“ Regierungen. Die „neue Linke“ zeichnet sich vor allem durch einen selbstherrlichen Umgang mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie aus, bei der die Person des „Führers“ über den staatlichen und politischen Instanzen steht, die dadurch geschwächt werden. Dass mit diesem Herrschaftsstil zentrale Probleme wie Armut, Ungleichheit, Gewalt, Korruption, Unterdrückung von Frauen, sexueller Missbrauch von Kindern und die Straflosigkeit von Politikern, Staatsbeamten oder Angehörigen der Eliten wirksam bekämpft werden können, ist höchst zweifelhaft.

Auch die Situation der Menschenrechte hat sich noch keineswegs entscheidend verbessert. Doch heute sind die Opfer nicht mehr Politiker oder Intellektuelle, sondern die Armen, denen grundlegende Rechte verwehrt werden, die aber keine mächtigen Interessengruppen für sich mobilisieren können. Demokratie, so zeigt der Blick auf die Menschenrechte, kann nicht auf die Durchführung freier und fairer Wahlen beschränkt bleiben. Für ihre weitere Konsolidierung muss sie Leistungen erbringen. Das erwarten die Menschen von den Siegern der Wahlen 2006.

Juliana Ströbele-Gregor

Indigene Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika

Als in Bolivien im Dezember 2005 ein *Indígena* mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt wurde, war das in der internationalen Presse Anlass zu erstaunter Berichterstattung. Bisher erfolgen Meldungen über die indigene Bevölkerung in Lateinamerika in der Regel nur, wenn es um Armut oder um Aufstände geht: etwa als die indigene Hochlandbevölkerung in Boli-

Juliana Ströbele-Gregor
Dr. phil., Altamerikanistin und Ethnologin, freiberufliche Wissenschaftlerin und Gutachterin in der Entwicklungszusammenarbeit.
jstroebelegregor@gmx.net

vien 2003 den damaligen Staatspräsidenten zur Flucht und zum Rücktritt zwang oder als 2000 eine breite Volksbewegung unter Anführung des Dachverbandes indigener Völker CO-

NAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) in Ecuador die Regierung stürzte. Besondere Aufmerksamkeit weckte die Guerillabewegung der Zapatisten, seit sie im mexikanischen Chiapas 1994 mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit trat. Aber bereits seit den 1980er Jahren werden in Lateinamerika indigene Völker als politische Akteure deutlich sichtbar; ihre Organisationen gehören dort seit den 1990er Jahren zu den wichtigsten sozialen Bewegungen.

Die Frage, wie und warum indigene Völker zum neuen historischen Subjekt wurden, erfordert eine Analyse der Veränderungen, die auf verschiedenen Ebenen angesiedelt ist und eine historische Dimension hat. Im Folgenden werde ich diese Dimension nicht vertiefen. Aber immerhin ist darauf hinzuweisen, dass indigene Widerstandsbewegungen seit der kolonialen Eroberung vor 500 Jahren eine lange Tradition haben, was im politischen Bewusstsein der Menschen sehr präsent ist. In den politischen Diskursen der Gegenwart spielt die Bezugnahme darauf eine zentrale

Rolle. In diesem Text werde ich mich bei den Beispielen Ecuador und Bolivien auf die letzten Jahrzehnte konzentrieren. Zuvor allerdings wird einigen Grundsatzfragen nachgegangen: Wofür stehen indigene Bewegungen in Lateinamerika? Wen repräsentieren sie? Was hat zu ihrem Erstarren in den letzten Jahrzehnten beigetragen?

Das Panorama

Vor dem Hintergrund extremer gesellschaftlicher Ungleichheit und damit verbundener ungelöster sozialer Konflikte und uneingelöster Erwartungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Gleichstellung, kultureller Anerkennung und Überwindung von Armut und Marginalisierung, hat die Ethnisierung des Politischen in Lateinamerika unaufhörlich zugenommen. Forderungen und Gesellschaftsvisionen, die bis Anfang der 1980er Jahre in der Terminologie des Klassenkampfes erfolgten, werden nun zunehmend mit ethnischen Legitimierungsdiskursen begründet. In diesem Kontext haben die indigenen Bewegungen – zumindest in jenen Ländern, in denen *Indígena* einen Großteil der Bevölkerung stellen – eine wichtige Rolle übernommen.

Sie gründen eigene politische Parteien, beteiligen sich an regionaler Entwicklungsplanung, stellen Parlamentarier, Bürgermeister, Kreisverwaltungen, Senatoren und derzeit einen Präsidenten. Sie agieren in internationalen Gremien, in denen sie Unterstützung für ihre Forderungen suchen. Und sie haben Reformen von Landesverfassungen und Gesetzen bewirkt. Zu dieser politischen Präsenz und Wirkungskraft indianistischer Diskurse haben nicht zuletzt die internationalen Debatten über Menschenrechte, Rechte von Minderheiten und Anerkennung von kultureller Diversität sowie das damit einhergehende Engagement von internationalen Hilfsorganisationen und Experten beigetragen.

Wer sind die „Indios“ oder „Indígena“?

Die Bezeichnungen *Indio* und *Indígena* (deutsch: Indianer) entstammen der kolonialen Herrschaftsideologie. Sie sind keine präzise Kennzeichnung für bestimmte Kulturen, sondern charakterisieren vielmehr ein politisches und soziales Konstrukt seitens der

europäischen Eroberer, mit dem diese die unterworfenen Völker auf dem Subkontinent rechtlich und ideologisch zu einer Gruppe zusammenfassten und in die strenge Gesellschaftshierarchie einordneten, der eine Aufspaltung zwischen den europäischen Kolonialherrschaften bzw. ihre Nachfahren einerseits und den Eroberten andererseits zugrunde lag. Der indigenen Landbevölkerung wurde der niedrigste Status zugewiesen.

In den nach der Unabhängigkeit von Spanien bzw. Portugal gegründeten Republiken änderte sich wenig am niedrigen Status der *Indios* – insbesondere der Landbevölkerung –, auch dort nicht, wo sie im Laufe des 20. Jahrhunderts formal Bürgerrechte erlangten. In der Praxis blieben sie Bürger dritter Klasse. In den meisten Ländern unterlag die *Indio*-Bevölkerung einem gesonderten rechtlichen Status, der sie auf allen gesellschaftlichen Ebenen benachteiligte. So waren noch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein in zahlreichen Staaten Analphabeten – und damit ein Großteil der indigenen Landbevölkerung – vom Wahlrecht ausgeschlossen. Auf dem Land gab es kaum Schulen, vielfach unterdrückten Grundherren und Kirche gewaltsam Initiativen der *Indios*. Zur Legitimierung der Benachteiligung, sozialen Ausgrenzung und Ausbeutung wurde den *Indios* mit rassistischen Argumenten eine biologische und soziale Minderwertigkeit zugeschrieben. Der Rassismus ist auch in der Gegenwart in den sich „weiß“ dünkenden Gesellschaftsschichten nicht vollständig überwunden.

Politischer Gehalt der Begriffe Indio und Indígena

Die Verwendung dieser Begriffe differiert mittlerweile von Staat zu Staat, teilweise auch innerhalb eines Staates. Im Bewusstsein der als *Indio* bezeichneten Akteure ist der abwertende, rassistische Gehalt des Begriffes fest verankert. Doch während die einen diesen Begriff zum Kampfbegriff ummünzen, sogar Parteien mit dem Zusatz „Partido Indio“ gründen, lehnen andere ihn strikt ab. Hier zeigen sich Differenzen, die nicht nur ein Streit um Worte sind. Die indigenen Akteure haben durchaus keine einheitliche politische Position und kein gemeinsames Selbstverständnis. Gleichwohl ist mittlerweile *Indígena* eine Selbstbezeichnung im politischen

Diskurs geworden, die eine doppelte Funktion hat. Sie drückt sowohl die sozialen und kulturellen Gemeinsamkeiten gegenüber europäischstämmigen und mestizischen Machtgruppen aus als auch die Ablehnung des auf Assimilation zielenden Modells eines homogenen Nationalstaats. Die Konstruktion eines neuen politischen Subjekts, das sich als *Indígena* (z. B. Guatemala, Brasilien), als *Pueblo Originario* (Ureinwohner, Bolivien) oder *Nacionalidad Indígena* (Ecuador) bezeichnet, entsteht im Zusammenhang mit spezifischen gesellschaftlichen Prozessen im jeweiligen Land. Der Umstand, dass sich der Begriff *Indígena* in internationalen Debatten und internationalen Institutionen – Vereinte Nationen, Weltbank, Internationale Arbeitsorganisation etc. – durchgesetzt hat, verstärkt seine Bedeutung in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene.

Kulturelle Verschiedenheit und Identität

Im Alltagsleben hingegen fällt die Selbstdefinition viel komplexer aus. Zum einen existieren in allen Völkern Eigenbezeichnungen. Zum anderen haben über die Jahrhunderte Prozesse der biologischen und kulturellen Vermischung stattgefunden. Wie sich diese *Indio-Mestizos* („Indio-Mestizen“) gesellschaftlich zuordnen, hängt sowohl davon ab, welche soziale Stellung sie annehmen, als auch vom Verhalten der europäischstämmigen Bevölkerung und des Staates ihnen gegenüber. Zum dritten werden im Alltagsleben situationsbedingt unterschiedliche soziale Identitäten eines Individuums angesprochen, die im gesellschaftlichen Kontext ein jeweils unterschiedliches Gewicht haben. Diese Situation lässt sich mit dem Konzept multipler Identitäten fassen.¹ *Indígena*-Sein ist demzufolge ein soziales Konstrukt, welches in der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen und in der Interaktion mit anderen Identitäten konstruiert wird: der Zugehörigkeit zur ethnischen oder religiösen Gruppe, zu einer sozialen Klasse, zur Herkunftsregion, zum Wohnort, zum Geschlecht und als Bürger oder Bürgerin eines Landes

¹ Vgl. Carlos Iván Degregori, *Identidad étnica. Movimientos sociales y participación política en el Perú*, in: Alberto Adrián et al., *Democracia, etnicidad y violencia política en los países andinos*, Lima 1993, S. 113–136.

etc. Je nach Kontext werden diese Identitäten vom Individuum gewichtet.

Einige demographische Daten

Der Anteil indigener Bevölkerung in den Ländern Lateinamerikas differiert stark. Das sagt aber wenig über den Grad der Politisierung, Mobilisierung und Organisierung aus. Auch in Ländern mit geringem indigenen Bevölkerungsanteil kann es eine starke indigene Bewegung und Präsenz auf der nationalen oder internationalen politischen Bühne geben – Beispiele sind Costa Rica oder Kolumbien. Doch zweifellos ist der Anteil an der Gesamtbevölkerung eines Landes für den politischen Einfluss bedeutsam.

Die indigene Bevölkerung Lateinamerikas umfasst ca. acht bis zwölf Prozent, das entspricht etwa 40 bis 50 Millionen Menschen. Es gibt über 400 ethnische Gruppen und Völker und 917 gesprochene indigene Sprachen,¹² ein Zeichen der großen kulturellen Vielfalt. Die Anzahl der indigenen Bevölkerung nimmt erkennbar zu. Allerdings sind zahlreiche kleine Gemeinschaften, insbesondere in ökologisch sensiblen Regionen mit wertvollen Naturressourcen, vom Aussterben bedroht, weil ihre Lebensgrundlagen zerstört werden.

Die indigene Bevölkerung mit der größten ethnischen und kulturellen Vielfalt in einem Nationalstaat lebt in Mexiko, wenngleich sie mit 10,9 Millionen prozentual an der Gesamtbevölkerung nur 12,6 Prozent ausmacht (1992, letzte offizielle Schätzungen). Die Länder mit dem stärksten Bevölkerungsanteil sind Bolivien (Zensus 2002: 65 Prozent), Guatemala (Zensus 1994: 48 Prozent) und Ecuador (Zensus 1992: 35,3 Prozent).¹³ Im größten Land Lateinamerikas, Brasilien, gibt es zwar 210 indigene Völker, doch leben diese überwiegend in Amazonien und machen nur ein bis eineinhalb Prozent der brasilianischen Bevölkerung aus. Wie auch in Kolumbien

¹² Vgl. LASR – Latin American Newsletters, Special Report 2003, Indigenous peoples and power in Latin America, SR-03–04/Sept. 2003, S. 2.

¹³ Zu den sehr unterschiedlichen Zahlenangaben vgl. Gregor C. Barie, *Pueblos indígenas y derechos constitucionales en América Latina: un panorama*, Mexico 2003, S. 37–46; GTZ (Hrsg.), *Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*, Eschborn 2004.

und Venezuela handelt es sich um kleinere Gemeinschaften, die noch stark an ihr Habitat (Lebensumfeld) angepasst sind. Das Vordringen von Viehzüchtern, Siedlern und die rücksichtslose Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen externer Akteure bedrohen ihre Lebensräume und damit ihre Existenz als indigene Gemeinschaften.

Forderungen nach Umgestaltung der Gesellschaft

Armut und extreme Armut kennzeichnen die Lebensumstände der Mehrheit der indigenen Völker Lateinamerikas, wie Studien, z. B. der Interamerikanischen Entwicklungsbank, belegen.¹⁴ Das gilt für die städtische, mehr noch für die ländliche Bevölkerung. Armut ist zudem nicht nur am Einkommen zu messen. Sie bedeutet auch mangelnde Schulbildung und Gesundheitsversorgung, weitgehenden Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe an Entscheidungen über Ressourcenverteilung und -nutzung. Die jeweiligen nationalen Gesellschaften haben bisher wenig für die grundlegende, reale Verbesserung der Lebensumstände getan – trotz Rechtsreformen, die mehrere Staaten in den 1980er Jahre zugunsten der indigenen Bevölkerung verabschiedet haben. Im Prozess von Staatsmodernisierung und Dezentralisierung wurden zwar in mehreren Ländern die Selbstverwaltungsstrukturen gestärkt. Gleichwohl zeigte der Aufstand in Bolivien im Oktober 2003, dass sich die indigene Bevölkerung bis dahin weiterhin von maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlte.¹⁵

In verschiedenen Ländern mobilisieren lokale, regionale und nationale Verbände zu Protestmärschen, organisieren Blockaden von strategischen Straßen oder Besetzungen von Erdöl- bzw. Gasbohrstellen und Staudamm-Großprojekten. Mit Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) klagen sie öffentlich Umwelterstörungen, die sozialen Folgen von Großprojekten, illegalen

¹⁴ Vgl. Anne Deruyterre, *Población indígena y desarrollo sostenible: el papel del Banco Interamericano*, Foro de las Américas, 8 de Abril, 1997.

¹⁵ Vgl. Juliana Ströbele-Gregor, *Für ein anderes Bolivien – aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien*, in: Franziska Bopp/Georg Ismar (Hrsg.), *Bolivien – Neue Wege und alte Gegensätze* (i. E.).

Holzschlag oder Biopiraterie sowie die Komplizenschaft staatlicher Institutionen bei solchen Unternehmungen an. Sie fordern Land- und Ernährungssicherheit, Agrarreformen, Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung sowie selbstverwaltete Territorien. Die Forderung nach Autonomie im Sinne des Rechts auf eine selbstbestimmte Entwicklung, die auf den eigenen kulturellen Werten basiert („*desarrollo con identidad*“), nimmt zu. Das schließt ein eigenes Bildungs-, Rechts- und Gesundheitswesen sowie die ökonomische Entwicklung ein. Dabei berufen sich die indigenen Völker auf die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO über „Rechte indigener und in Stämmen lebender Völker“, die von 13 lateinamerikanischen Staaten¹⁶ unterzeichnet, aber kaum umgesetzt wurde.

Die *Indígena* fordern nicht nur menschenwürdige Lebensbedingungen, die Anerkennung ihrer Kulturen sowie angemessene gesellschaftliche und politische Teilhabe. Sie verlangen auch eine tief greifende Demokratisierung der jeweiligen Gesellschaft und darüber hinaus der herrschenden Weltordnung und Abkehr von neoliberalen ökonomischen Strukturen.

Aber der politische Kampf ist nur ein Aktionsfeld – wenn auch ein besonders wichtiges. Im letzten Jahrzehnt hat sich das Spektrum ihrer ganz an den praktischen Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichteten Aktivitäten, die selbständig oder mit Unterstützung externer Partner – Kirchen, NROs oder entwicklungspolitischen Agenturen – durchgeführt werden, immer weiter ausgedehnt. Es reicht von Bildungsprogrammen der zweisprachigen interkulturellen Erziehung, kulturell angepasster Gesundheitsversorgung oder nachhaltiger Landwirtschaft bis hin zu Rechtshilfe, Förderprogrammen, die sich speziell an Frauen richten, oder Projekten zur Pflege des eigenen kulturellen Erbes, wie etwa die Dorfmuseen etc. Es geht stets um zwei Ziele: Zum einen will man das eigene kulturelle Wissen erhalten und in der Gemeinschaft weitergeben, um sich innerhalb der nationalen Gesellschaft der eigenen Wurzeln zu vergewissern und das Selbstbewusst-

sein – die eigene Identität – zu stärken. Zum anderen geht es um die Organisation von Selbsthilfe. Die Umsetzung dieses zweiten Zieles ist eine Herausforderung an die indigenen Organisationen und variiert sehr stark von Land zu Land und von Region zu Region. In der Regel beschränken sich die Initiativen – insbesondere im Bereich Ökonomie – auf die lokale Ebene. Aber es gibt durchaus auch erfolgreiche Initiativen auf Provinzebene, oftmals angeleitet von indigenen Bürgermeistern.

Ecuador

Wohl in keinem Land Lateinamerikas – außer in Bolivien – ist die indigene Bewegung politisch so stark und gesellschaftlich so breit verankert.¹⁷ Diese Stärke der Bewegung (die politische Konflikte zwischen den einzelnen Organisationen sowie zwischen Basisorganisationen und Dachverbänden nicht ausschließt) hat seit den 1990er Jahren nicht nur zu großen politischen Mobilisierungen gegen Regierungen und neoliberale Wirtschaftspolitik geführt. Sie hat auch maßgeblich zu Gesetzesreformen beigetragen. Gemeinden organisieren den Widerstand gegen die Erdölprojekte und die damit verbundene Zerstörung der Umwelt. Und auf der Ebene von Gemeinden und Provinzen ist eine Vielfalt eigenständiger sozialer Aktivitäten zu beobachten.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der indigenen Bewegung sind eingeschrieben in eine langjährige und ausgeprägte politische Praxis innerhalb eines zumindest formaldemokratischen Rahmens. Dazu trägt maßgeblich die enge Verbindung zwischen lokalen, regionalen und nationalen indigenen Organisationen bei. Aufbauend auf lokalen und regionalen Organisationsprozessen seit

¹⁷ Vgl. Volkmar Blum, *Nation und Gesellschaft im mittleren Andenraum: Exklusion und Inklusion, Rassismus, Ethnizität und Hybridität*. Habilitationsschrift am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin, Berlin 1999; Fernando García, *De movimiento social a partido político: el caso del movimiento de unidad plurinacional Pachakutik-Ecuador*, Vortragstext, Sao Paulo 2005; Juliana Ströbele-Gregor, *Kritische Partizipation oder Konfrontation? Indígena-Organisationen in den Andenländern*, in: Sabine Kurtenbach/Mechthilde Minkner-Bünjer/Andreas Steinhilf (Hrsg.), *Die Andenregion – neuer Krisenbogen in Lateinamerika*, Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Frankfurt/M. 2004, S. 163–188.

¹⁶ Argentinien, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, México, Paraguay, Peru, Venezuela.

den 1940er Jahren, bei denen es um die Forderung nach einer Agrarreform und Schulbildung ging, entstanden in den 1980er Jahren Verbände auf nationaler Ebene. Neben dem 1986 gegründeten Dachverband CONAIE, in dem 75 Prozent der Basisorganisationen zusammengeschlossen sind,¹⁸ existiert die evangelikale FEINE und die gewerkschaftlich orientierte FENOCIN. In der CONAIE schlossen sich die drei großen Regionalverbände zusammen: ECUARUNARI, die die quichuasprachigen Völker des Hochlandes repräsentiert sowie die Repräsentanz der amazonischen Völker CONFENIAE und CONAICE, der Zusammenschluss der Küstenvölker.

Das politische Projekt der indigenen Bewegung Ecuadors besteht in einer grundlegenden territorialen Neuordnung des Staatsverbandes, die den konstitutiven Nationalitäten eine eigene territoriale Basis verschafft und darüber hinaus Selbstverwaltung und Autonomie, freien Zugang zu natürlichen Ressourcen und Anerkennung indigener Kulturen und kultureller Praxis beinhaltet. Zudem wird die Veränderung der ökonomischen und politischen Struktur des Staates auf der Grundlage der Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zugunsten eines komunitär-ökologischen Wirtschaftsmodells erhoben. Offen bleibt die Frage, wann und wie dieses Projekt umgesetzt werden soll.

In den 1990er Jahren kam es wiederholt zu Aufständen auf nationaler Ebene, die von der indigenen Bewegung angeführt wurden. Der Druck auf die jeweiligen Regierungen ermöglichte die Durchsetzung wichtiger Rechtsforderungen, so die Legalisierung von indigenen selbstverwalteten Territorien, die Anerkennung von Land in kommunalem Besitz und von Kollektivrechten. Die Umsetzung einzelner Maßnahmen der neoliberalen Strukturanspassungsprogramme konnte eine Zeit lang aufgehalten werden.

Angesichts von Parteien, die keineswegs ihre Anliegen berücksichtigten, hatten die indigenen Organisationen lange zum Wahlboykott aufgerufen. 1996 jedoch wurde das eigene Wahlbündnis *Movimiento Plurinacional Pachakutik - Nuevo País* gegründet. Der un-

erwartete Zuspruch der Bevölkerung bei einer massiven Kampagne gegen die Privatisierungspläne des staatlichen Sektors, an der sich Gewerkschaften, linke Parteien und die CONAIE beteiligt hatten, beförderte den Plan einer eigenen Partei. Der große Erfolg bei den Wahlen gab dieser Strategie Recht. Der Präsidentschaftskandidat erhielt 21 Prozent der Stimmen, zahlreiche Bürgermeisterämter und Parlamentssitze gingen an Pachakutik. Eine *Indígena*, die Rechtsanwältin Nina Pacar, wurde Vizepräsidentin des Parlaments.

Diese Entwicklung beruhte darauf, dass sich die indigenen Organisationen über ihre genuinen Forderungen hinaus für weitere gesellschaftliche Themen geöffnet hatten – und dies keineswegs nur aus taktischen Überlegungen, sondern weil neue Konflikte und Themen die Bevölkerungsmehrheit betreffen: Auswirkungen neoliberaler Wirtschaftsmaßnahmen im Rahmen von Strukturanpassung, massive Zunahme von Verarmung, Umweltzerstörung in nie gekanntem Ausmaß sowie Menschenrechtsverletzungen.

Die Erwartungen der Regierenden, durch legalistische Reformen die grundlegenden Gegensätze zwischen Staat und indigenen Völkern zu überwinden und Interessenkonflikte durch die Schaffung von Institutionen oder durch Vereinnahmung von Organisationen bzw. ihrer Führungspersönlichkeiten zu lösen, konnten sich nicht erfüllen. Die Aufstände in den Jahren 1990, 1999, 2000 (in denen sogar eine Regierung zu Fall gebracht wurde) und 2001 in Ecuador richteten sich gegen die Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen. Höhepunkt ihres Einflusses und zugleich Zerreißprobe war die Regierungsbeteiligung der *Pachakutik* 2004. Mit Unterstützung der CONAIE ging *Pachakutik* ein Bündnis mit dem Präsidentschaftskandidaten Gutierrez ein, einem Vertreter des Militärs, der sich beim Aufstand 2000 auf ihre Seite gestellt hatte. Sein Wahlsieg brachte *Pachakutik* und CONAIE-Vertretern hohe Staatsämter. Doch sie hatten sich ohne gemeinsames verbindliches Regierungsprogramm an einer Regierung beteiligt, die ihre Erwartungen an eine Politik des Rückzugs aus dem neoliberalen Strukturprogramm in keiner Hinsicht erfüllte. Die Basis der indigenen Bewegung zwang die indigenen Amtsträger zum Ausscheiden aus der Regierung und kritisierte

¹⁸ Vgl. F. García, ebd.

scharf die Politik von *Pachakutik* und CONAIE. Seitdem sind die Konflikte zwischen Basis und Dachverband nicht überwunden worden und Anlass für grundsätzliche Reflexionen über die Beziehung von Basis, Dachverband und Pachakutik.

Bolivien

Auch Bolivien blickt auf eine jahrhundertelange Geschichte der indigenen Bewegungen und der Rebellionen zurück.¹⁹ Die Nationale Revolution von 1952, an der sich die indigene Hochlandbevölkerung – Bergleute, Bauern, Arbeiter – maßgeblich beteiligt hatte, stürzte die Oligarchie sowie die damit verbundene Wirtschafts- und Machtordnung und setzte eine Agrarreform durch. Während die in starken marxistisch und trotzkistisch orientierten Gewerkschaften organisierte Bergarbeiterschaft sich sehr bald gegen den reformistischen Kurs der Regierung stellte und die Opposition gegen die Diktaturen zwischen 1964 und 1982 anführte, befreite sich die Landbevölkerung erst schrittweise ab den 1970er Jahren aus der Bevormundung durch den Staat.

Ende der 1960er Jahren entstand die Bewegung Tupac Katari von andinen Bauern und Migrantinnen und Migranten, die sich stark auf ihr kulturelles Erbe bezog. Es ging um die Landfrage, kulturelle Identität und Demokratieforderung. Einflussreich waren indianistische Ideologien sowie marxistische Positionen. Organisatorischer Ausdruck dieser Bewegung sind der in den 1970er Jahren gegründete Dachverband der Bauern und Landarbeiter CSUTCB (*Confederación Sindical Unica de Trabajadores Campesinos de Bolivia*) sowie zahlreiche indianistische Parteien seit den 1980er Jahren. Viele Aktivisten der Kataristenbewegung beteiligten sich am Kampf gegen die Diktaturen der 1970er und frühen 1980er Jahre, und die CSUTCB wurde zum wichtigsten Hoffnungsträger der indigenen Bevölkerung.

Mit der Demokratisierung ab 1982 schwächten interne Machtkämpfe den Einfluss der CSUTCB. Aber bis in die Gegenwart bleibt sie eine der wichtigsten *Indígena*-Organisationen und der Katarismus eine ver-

¹⁹ Der Abschnitt basiert auf der ausführlichen Analyse in: J. Ströbele-Gregor (Anm. 5).

bindende Idee insbesondere unter den Aymara. Bei den Machtkämpfen innerhalb der CSUTCB geht es sowohl um Rivalitäten zwischen Führungspersonen und Unterstützerparteien als auch um die ideologische Vorherrschaft. Zur Debatte stehen unterschiedliche Staatsvorstellungen bzw. das Verhältnis zum bolivianischen Staat. Die Zunahme radikal-indianistischer Strömungen innerhalb der CSUTCB in den 1980er Jahren führte Ende der 1990er Jahre zur zeitweisen Spaltung.

Gesellschaftliche Visionen, politische Programme, eigenständige Parteien und die Konstruktion einer indigenen Identität entstehen vor allem unter indigenen Migranten in den Hochlandstädten, in denen sie sich in indianistischen Zirkeln, Kulturvereinen und Netzwerken der Herkunftsgemeinden organisieren und die kulturellen Identitäten pflegen.

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Bewegung und der an die Regierungsmacht gewählten Partei MAS (*Movimiento al Socialismo*) des Präsidenten Evo Morales dürfen die Verbindungen zwischen der marxistischen und trotzkistischen Bergarbeiterschaft sowie lokalen Bauernorganisationen, die seit den 1940er Jahren bestehen, nicht übersehen werden. Denn gerade im MAS ist diese Geschichte ideologisch wirksam. Das verbindende Element damals wie heute war die Gegnerschaft zur herrschenden Gesellschaftsordnung, zur Staatsform und der jeweiligen Regierung. Aus Sicht der Linken ging es um die Bekämpfung des kapitalistischen Ausbeutungssystems und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Indianisten interpretieren die herrschenden Verhältnisse als Ausdruck kolonialer Unterdrückung und Fremdherrschaft der Weißen.

In den 1980er Jahren traten einige indianistische sowie trotzkistische Fraktionen für den bewaffneten Kampf ein. Die kleine Guerillaorganisation EGTK (*Ejército Guerrillero Tupac Katari*) verdient Beachtung. Mit ihren verbalradikalen und rassistischen Verlautbarungen und ihrer Apologie des bewaffneten Kampfes versuchte die dem EGTK verbundene Fraktion innerhalb der CSUTCB Einfluss zu gewinnen. Alvaro García Linera, heute Vizepräsident, gehörte der EGTK an. Ihr Gründer Felipe Quispe Huanca, Chef der radikal-indianistischen Partei MIP (*Movimiento Indígena Pachakutik*), war zeitweise

Generalsekretär der CSUTCB. Auch wenn die MIP bei den Wahlen 2005 – anders als 2002 – kaum mehr Erfolge erringen konnte, findet ihr Diskurs durchaus weiterhin Anhängerschaft – insbesondere unter jungen Leuten auf dem Hochland.

Vor dem Hintergrund dieser verschiedenen ideologischen Grundlagen entstand Ende der 1990er Jahre die Forderung nach einer neuen Verfassung zur gesellschaftlichen Neuordnung des Landes. Die Regierung Morales setzte ihr Versprechen, den Rechtsweg für eine Verfassungsgebende Versammlung zu eröffnen, sofort um. Am 2. Juli 2006 fanden dazu die Wahlen statt.

Einen anderen Entwicklungsweg nahm die politische Organisierung der Völker des bolivianischen Tieflands. Diese begann erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und ist seit 1990 eine politische Kraft, die sich im Dachverband CIDOB organisiert. Ihre Forderungen lauten: Rechtstitel für ihre Territorien, Selbstverwaltung, Schutz vor dem Eindringen von Viehzüchtern und Holzunternehmen in die von indigenen Gemeinden genutzten Gebiete und Sicherung ihrer hergebrachten Lebensformen. Eine Konfrontation mit den ökonomischen Machtgruppen des Landes war damit vorprogrammiert. Die verschiedenen Regierungen versuchten, Konflikte nach beiden Seiten zu vermeiden. So erkannte die Regierung Anfang der 1990er Jahre nach dem Marsch „Für Territorium und Würde“ der Völker Ostboliviens zum Regierungssitz La Paz *Indígena*-Territorien an, allerdings ohne die Umsetzung zu sichern.

Im Unterschied zu den Organisationen des Hochlands sind diejenigen der Tieflandvölker bisher politisch weniger auf Konfrontation zur Regierung gegangen. Ihre Strategien sind Verhandlungen und Beteiligung an politischen Reformen. Seit dem 1994 verabschiedeten Gesetz der Volksbeteiligung existiert eine sehr weitgehende politische Partizipation auf Munizipalebene. Indigene Organisationen und traditionelle Autoritäten erhielten Rechtsstatus und nehmen ihre neuen Rechte wahr.

Mit dem Wahlerfolg von MAS und Evo Morales hat sich die politische Landschaft grundlegend verändert. An dieser Stelle kann keine Analyse dieser neuen Politik erfolgen. Anzumerken sind aber einige grundlegende

Aspekte: Nach schweren politischen Turbulenzen im Jahre 2005 waren im Dezember Neuwahlen unumgänglich geworden. Morales und seine Partei MAS konnten über 50 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen – ein noch nie in der Geschichte des Landes erreichtes Wahlergebnis. Erstmals regiert nun ein Aymara-*Indígena* Bolivien, und die indigene Bevölkerungsmehrheit ist entsprechend im Parlament repräsentiert. Die MAS war in ihren Anfängen die Repräsentation der Coca-Bauern der tropischen Region des Departements Cochabamba; ideologisch und organisatorisch stark von den hierher abgewanderten ehemaligen Bergarbeitern mit ihrer marxistischen und trotzkistischen Tradition beeinflusst. Erst nachdem der Einfluss indianistischer Ideologien in Bolivien immer manifest wurde, integrierte der MAS entsprechende Positionen.

Der Diskurs von Morales verbindet sozialistische und indianistische Ideen, eine stark anti-US-amerikanische, die nationale Souveränität betonende Rhetorik und anti-neoliberale Positionen. Seine Versprechen, die neoliberalen Strukturreformen rückgängig zu machen, eine Rückverstaatlichung der strategischen Betriebe vorzunehmen – insbesondere auch der Erdgasunternehmen –, und der sozialen Frage höchste Priorität zuzuweisen, haben die Wähler honoriert.

Schlussbemerkungen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind indigene Bewegungen in Lateinamerika ein nicht zu übergehender politischer Faktor geworden. In Ländern wie Mexico, Guatemala und den Andenstaaten Ecuador, Bolivien und Kolumbien beschränken sich ihre Organisationen nicht mehr allein auf die Interessenvertretung eines sich als Indigene definierenden Teiles der Bevölkerung. Ihr Aktionsradius hat sich zunehmend ausgeweitet. Sie treten als Sprachrohr der Benachteiligten und Unzufriedenen auf, sind in der Lage, soziales Protestpotenzial über die eigenen Reihen hinaus zu mobilisieren. Und sie bauen immer wirkungsvoller ihre Rolle als Bündnispartner jener gesellschaftlichen Kräfte aus, die für grundlegende gesellschaftliche Reformen oder alternative Gesellschaftsformen eintreten.

Ingo Niebel

Neopopulismus oder Emanzipation?

Westliche Medien haben einen „Links-ruck“ in Lateinamerika ausgemacht, seitdem neben Venezuela auch in Brasilien, Argentinien, Uruguay, Bolivien und Chile Parteien und Personen regieren, die sich links von der so genannten politischen Mitte positionieren. Am Anfang und im Mittelpunkt dieser anhaltenden Entwicklung steht der Präsident der Bolivarischen Republik von

Ingo Niebel

Geb. 1965; M. A.,

Historiker, Journalist, Autor des Buches „Venezuela not for sale“;

Postfach 800532, 51005 Köln.

www.berriak-news.de

Venezuela, Hugo Rafael Chávez Frías. Seinem Wahlsieg im Dezember 1998 folgten die von Luiz Inacio „Lula“ da Silva in Brasilien, Nestor Kirchner in Argentinien, Tabaré Vázquez in Uruguay, Evo Morales in Bolivien und Michelle Bachelet in Chile. 2006 scheiterten Ollanta Humala in Peru beziehungsweise Andrés Manuel López Obrador in Mexiko. In Nicaragua dagegen ist der Sandinist Daniel Ortega im November zum Präsidenten gewählt worden. Am 26. November siegte in einer Stichwahl in Ecuador der linke Kandidat Rafael Correa über seinen sozialdemokratischen Herausforderer Ivaro Noboa mit 68 zu 32 Prozent. Das lateinamerikanische Superwahljahr 2006 endete mit dem Urnengang in Venezuela, den Chávez mit 61 Prozent der Stimmen eindeutig für sich entschied. Wie die Wiederwahl des durch Korruptionsaffären gebeutelten brasilianischen Präsidenten Lula da Silva zeigt, sind Ende und Ausgang dieses Trends noch nicht absehbar. Da breite Bevölkerungsschichten in Mexiko und Peru das Wahlergebnis nicht akzeptieren, könnte es dort zum Sturz der neugewählten Präsidenten kommen.

Eine Eigenheit dieser politischen Entwicklung in Lateinamerika ist, dass die „linken“ Kandidaten ihre Stärke nicht nur mehr oder

minder gut organisierten Parteien verdanken, sondern der Unterstützung durch soziale und indigene Bewegungen. Deren Entwicklung ist wiederum eine Folge jener Bedingungen, die das Leben der Bevölkerungsmehrheit quasi seit der Eroberung durch die Europäer im 15. Jahrhundert bestimmt haben: ungleiche Verteilung der Reichtümer, Ausbeutung, Armut, Arbeitslosigkeit, politische und soziale Ausgrenzung sowie Analphabetentum. In den meisten der oben genannten Länder leben zwei Drittel der Bevölkerung in dieser „prekären“ Situation. Diese breite Mehrheit hat Menschen in die höchsten Ämter gewählt, die versprochen haben, die Lebenssituation der Armen grundlegend und längerfristig zu verbessern. Sie sind nicht die ersten lateinamerikanischen Politiker, die das versprochen, aber es hat den Anschein, dass sie im Gegensatz zu ihren Vorgängern nicht nur bemüht sind, ihren Worten Taten folgen zu lassen, sondern tatsächlich Hand anlegen, um die Lage nachhaltig zu verbessern. Da ihre Vorhaben nicht neu und schon andere vom versprochenen Weg abgewichen sind, stehen diese Politiker im Verdacht, „Neopopulisten“ zu sein, die sich unter anderem am Vorbild des argentinischen Generals Juan Perón orientieren. Diese Ansicht vertreten Politikwissenschaftler, Journalisten und Politiker, die entweder enge Verbindungen zum reichen Norden – den USA und Europa – pflegen oder dort beheimatet sind. Vom Standpunkt des „linken“ Südens betrachtet, ist „Neopopulist“ ein Kampfbegriff des Nordens, dessen einziges Ziel es ist, die Emanzipierung und Befreiung Lateinamerikas von der Bevormundung durch die USA und die Europäische Union (EU) schlecht zu reden. Die interessierten Betrachter stehen vor der Frage, ob der „Neopopulismus“ in Lateinamerika en vogue ist oder ob dort zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Entwicklung begonnen hat, welche die politische Landschaft in der Region nachhaltig zum Nachteil der Interessen der USA – und auch der EU – und zum Vorteil der jeweiligen Gesellschaften verändern könnte. Im Raum steht das Gebilde einer politischen wie wirtschaftlichen Südamerikanischen Union in einer multipolaren Welt.

Die Betrachtung des Prozesses in Lateinamerika bedingt, seinen Standpunkt festzulegen. Aufgrund der gegebenen Kürze des Beitrags erfolgt sie aus der venezolanischen

Perspektive, weil Hugo Chávez – je nach Sichtweise – entweder als der Impulsgeber jener Entwicklung oder als die „negative Kraft“ in Lateinamerika gilt. Seit seinem Amtsantritt 1999 verkörpert Chávez in den westlichen Mainstreammedien den „Populisten“ schlechthin. Eine große deutsche Tageszeitung nannte ihn sogar den „Populisten-Präsidenten“. Der inflationär anmutende Gebrauch des Wortes lässt die Frage nach seiner Aussagekraft aufkommen. Politikwissenschaftler meinen, dass die oben genannten sozialen Missstände die Vorbedingungen darstellen, damit so genannte „(Neo-)Populisten“ in Lateinamerika mittels entsprechender Wahlversprechen in die höchsten Regierungsämter gewählt werden können. Der Begriff steht in Anführungszeichen, weil seine Bedeutung je nach Sprecher variiert. In der Wissenschaft herrscht eine breite Diskussion darüber, unter welchen Bedingungen ein politisches Konzept als „(Neo-)Populismus“ bezeichnet werden kann. Das Problem ist hierbei – wie übrigens auch bei der wissenschaftlichen Erörterung des Begriffs „Terrorismus“ und seiner semantischen Ableitungen –, dass es keine allgemein verbindliche Definition gibt. Erschwerend kommt hinzu, dass Politiker und Journalisten den Begriff des „Populisten“ gleichermaßen wie den des „Terroristen“ undifferenziert verwenden. Daher haben beide Worte ihren beschreibenden Wert verloren: Sie dienen außerhalb der Wissenschaft nur noch als rhetorische Worthülsen, die man dem Gegner überstülpt. Überspitzt und bar jeglichen wissenschaftlichen Anspruchs, ließe sich der „Populist“ als jemand beschreiben, der die arme, ausgegrenzte und ungebildete Mehrheit mit Versprechungen auf eine bessere Zukunft verführt, damit sie ihn ins höchste Staatsamt wählt, in dem er dann rasch sein Wort bricht und eine ganz andere Politik macht, die letztendlich an den Missständen im Land nichts ändert oder sie sogar noch verschlimmert. Anhand der folgenden Fakten mögen die Leser selber entscheiden, ob der Vorwurf, ein „Populist“ zu sein, auf Chávez nach sieben Jahren im Amt noch zutrifft.

Am 6. Dezember 1998 trat aus der Sicht Washingtons in Venezuela der „Größte Anzunehmende Unfall“ ein: Der ehemalige Fallschirmjägeroffizier und gescheiterte Putschist Hugo Chávez gewann mit einem linken und systemkritischen Diskurs die Präsidentschaftswahlen. Der 24 Millionen Einwohner

zählende Karibikstaat gehört zu den strategisch wichtigsten Ölversorgern der USA. Das schwarze Gold aus Venezuela macht zwischen 11 und 15 Prozent des täglichen US-Ölverbrauchs aus. Sein Transport vom fünftgrößten Erdölproduzenten des Globus zu dessen allergrößtem Verbraucher dauert maximal drei bis vier Tage. Käme die Ölversorgung zum Erliegen, stünde die US-Industrie nach zwei bis drei Wochen ernsthaften Produktionsproblemen gegenüber, die wiederum die US-Wirtschaft in Mitleidenschaft zögen. Daher haben US-Strategen Venezuela bereits vor Chávez' Sieg aus Gründen der nationalen Sicherheit zu ihrem Interessengebiet erhoben. Zu den Angstszenerien gehört damals wie heute die Vorstellung, der Venezolaner könnte den USA den Ölhahn zudrehen. Träte dieser Fall jemals ein, käme dies einer Kriegserklärung gleich. Bisher hat der venezolanische Präsident lediglich damit gedroht, für den Fall, dass ein Attentat auf ihn verübt würde oder dass ein Angriff der USA auf den Iran erfolge. Viel gefährlicher waren Chávez' damalige Wahlversprechen: Sie stellten eine Alternative zur US-Politik in der Region dar. Ihre tatsächliche Umsetzung würde die Hegemonie der USA in ihrem lateinamerikanischen „Hinterhof“ nachhaltig schwächen.

Bereits die Ankündigung, das Ölland werde seine eigene Landwirtschaft wiederaufbauen, um sich vom teuren Import seiner Grundnahrungsmittel aus den USA zu befreien, ließ in Washington die Alarmglocken schrillen. In der Summe würde die Politik des Präsidenten dazu beitragen, die von neokonservativen Kreisen in den USA forcierte Idee, die beiden amerikanischen Kontinente zu einer riesigen Freihandelszone zusammenzufassen, zu durchkreuzen. Diese Free Trade Area of the Americas (FTAA; span. ALCA) sollte von Alaska bis Feuerland reichen. Ziel dieses Abkommens war, die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA in der so genannten „Westlichen Hemisphäre“ gegen die stärker werdende Konkurrenz aus China und der EU längerfristig zu schützen. Beim Amerika-Gipfel 2001 in Ottawa war Venezuela neben Brasilien – und dem nach wie vor ausgeschlossenen Kuba – das einzige Land der Region, das öffentlich Bedenken gegen die FTAA anmeldete. Hinzu kam, dass Chávez bekannt gab, er werde den größten Teil der vom staatlichen Öl- und Gaskonzern PDVSA und dessen US-Ableger Citgo erwirtschafteten Gewinne nicht mehr in

den USA belassen, so wie es die Vorgängerregierungen getan hatten, sondern sie nach Venezuela zurückholen. Mit den Einnahmen wollte er die angekündigten Sozialprogramme finanzieren. Das dafür nötige Personal und Wissen holte sich Chávez aus dem sozialistischen Kuba. Zehn Jahre nach dem so genannten „Ende der Geschichte“ erschien Chávez' Politik – seine bolivarianische Revolution – vielen westlichen Politikern als ein in „antiamerikanischer“ Rhetorik verpackter Anachronismus.

Seine Kritiker aus dem Norden hatten aber übersehen, dass der in Europa siegreiche Neoliberalismus bereits im Frühjahr 1989 seine erste schwere Niederlage in Venezuela hinnehmen musste. Nachdem der sozialdemokratische Präsident Carlos Andrés Pérez ein von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) nach neoliberalen Vorgaben ausgearbeitetes Sparprogramm umgesetzt hatte, kam es in Caracas und anderen Städten zum Sozialaufstand. Über Nacht waren die staatlichen Subventionen für Brot und andere Grundnahrungsmittel weggefallen sowie die Benzin- und Transportpreise gestiegen. Für die mehrheitlich armen Venezolaner hieß das Verhungern auf Raten, während die Korruption immer größere Kreise zog. Pérez ließ den Aufstand blutig niederschlagen: Nach offiziellen Angaben starben über 300 Personen, inoffiziell wird von 3 000 Toten gesprochen. In der Folge wurden die Bürgerrechte massiv eingeschränkt, was im Norden – USA und EG – aber niemand so richtig wahrnahm, weil Venezuela als das „demokratische Musterländle“ in der Region galt. Dass gerade die *Partidocracia*, die Parteiendemokratie von Sozialdemokraten und Christsozialen mit Postenschacher und Bestechung, ein wesentlicher Teil der venezolanischen Misere war, verdrängten die Eliten in der Alten Welt. In Venezuela veranlasste der „Caracazo“ politisch denkende Offiziere wie Hugo Chávez, 1992 gegen Pérez zu putschen. Das Vorhaben scheiterte, aber Chávez wurde trotzdem zum Volkshelden, weil er nicht ins Ausland flüchtete, sondern vor den Fernsehkameras die Verantwortung für die fehlgeschlagene Aktion übernahm und ins Gefängnis ging. 1993 beendete ein Impeachment-Verfahren die Präsidentschaft von Carlos Andrés Pérez vorzeitig. Der Korruption angeklagt, flüchtete der Sozialdemokrat in die USA. Dort gehört er heute zu den radikalsten Chávez-Gegnern: 2004 sagte er im CNN-Interview, der venezolanische Präsident könne

nur gewaltsam aus dem Amt entfernt werden. Nach seiner Freilassung 1994 begann Chávez mit seiner politischen Arbeit, die ihm 1998 den Wahlsieg bescherte. Aber es sind nicht in erster Linie Verbalattacken wie die von Pérez oder die Verquickung der ehemals etablierten Parteien in die Missstände des Landes, die Chávez' heutige starke Position ausmachen. In erster Linie beruht sie auf seiner bisherigen Innenpolitik, die ihre Absicherung über die Außen- und Wirtschaftspolitik erfahren hat.

Kurz nach seinem Amtsantritt zeigte Chávez, dass seine Bewegung V. Republik (*Movimiento Quinta República*, MVR) diesen Namen zu Recht trug, weil sie das Land mittels einer neuen Verfassung in die bolivarianische Republik von Venezuela verwandeln würde. Das Adjektiv bezieht sich zwar auf Simón Bolívar, den Befreier Südamerikas vom spanischen Joch, meint aber keineswegs eine rückwärtsgewandte Kopie seiner Idee, sondern die zeitgemäße Umsetzung seiner innen- wie außenpolitischen Vorstellungen. Neben dieser ideellen Säule des von Chávez geprägten Bolivarianismo stehen die sozialen Vorhaben von Bolívars Zeitgenossen, des Pädagogen Simón Rodríguez und des Bauerngenerals Ezequiel Zamora. Letzterer forderte freie Wahlen und die Landreform, der erstere die klassen- und rassenübergreifende Volksbildung. Im Laufe der letzten Jahre hat Chávez dem Bolivarianismo auch sozialistische Elemente beigegeben. Der von ihm propagierte „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bedeutet die Entwicklung einer eigenen Theorie „Made in Latin America“, die den historischen und politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Venezuela entspricht, die es zu ändern gilt.

Die neue Verfassung von 1999 war der Grundstein hierfür. Die partizipative Demokratie, die unter anderem die Abwahl des Präsidenten und aller weiteren gewählten Volksvertreter per Referendum vorsieht, ist ihr wichtigstes innenpolitisches Merkmal. Die bolivarianische Magna Carta hält außerdem fest, dass weder die Schlüsselindustrien des Landes noch das Gesundheits- und das Schulsystem privatisiert werden dürfen. Der von der Antiglobalisierungsbewegung gebrauchte Slogan, dass etwas nicht zum Verkauf steht, also „not for sale“ ist, wurde in Venezuela Verfassungswirklichkeit und steht somit im krassen Widerspruch zur neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Chávez' Vorgehen führte seinen Gegnern vor Augen, dass er es mit seiner Politik tatsächlich ernst meinte. Dass Washington spätestens 2001 jenes Instrumentarium seiner Außenpolitik aktivierte, das unter anderem 1973 zum Putsch gegen den chilenischen Präsidenten Salvador Allende geführt hatte oder in den 1980er Jahren zum „schmutzigen Krieg“ gegen die Sandinisten, entsprach dem üblichen modus operandi der einzigen Weltmacht in der Region. Am 11. April 2002 putschte eine Gruppe von Militärs und Unternehmern gegen Chávez. Die CIA wusste von dem Vorhaben und ließ es geschehen; Washington und Madrid sicherten den blutigen Staatsstreich außenpolitisch ab, indem sie ihn nicht verurteilten, sondern Kontakt zum Interimspräsidenten Pedro Carmona Estanta aufnahmen. Letzterer entpuppte sich als falscher Demokrat, als er sich selbst zum Präsidenten ernannte und alle Verfassungsorgane aufheben ließ. Da Chávez zwar festgenommen, aber nicht zurückgetreten war, hielten wichtige Teile des Militärs dem Präsidenten und Oberbefehlshaber die Treue. Gemeinsam mit der Bevölkerung, die landesweit massiv protestierte, gelang die Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung und die Befreiung des Präsidenten.

Seine Gegner ließen nicht locker und versuchten, ihn 2002/2003 mittels einer Sabotageaktion in der Ölindustrie, die sie euphemistisch „Ölstreik“ nannten, aus dem Amt zu treiben. Chávez blieb standhaft, weil die Basis ihm trotz der milliardenschweren Einnahmeverluste und der damit verbundenen Probleme die Treue hielt. Als auch dieser Plan scheiterte, versuchte die anti-chavistische Opposition, ihn mittels des Abwahlreferendums 2004 aus Amt und Würden zu treiben – vergeblich. 2005 blieb ihr nichts anderes übrig, als den neuerlichen Sieg des Präsidenten und seiner Koalition bei den Parlamentswahlen dadurch zu diskreditieren, dass sie die einst etablierten und mittlerweile zur Bedeutungslosigkeit verdammt Parteien anwies, dem Urnengang wegen unterstellter, aber nicht bewiesener Benachteiligung fernzubleiben.

Vielfach heißt es, Chávez verdanke seine Popularität der wöchentlichen Fernsehsendung „Aló Presidente“. Seine Rhetorik und die für westliche Verhältnisse sehr langen Reden sorgen in der nördlichen Hemisphäre für Unverständnis und bissige Kommentare. Davon abgesehen, dass auch US-Präsident

Bush sich einmal wöchentlich per Radio an seine Mitbürger wendet, wird vielfach übersehen, dass das Fernsehen für Chávez die einzige Möglichkeit ist, mit seiner Basis zu kommunizieren. Bisher haben die dominierenden privaten Medien vermieden, über die Regierungspolitik in einer sachlich angemessenen Form zu berichten. Die in Europa beliebten Flugblätter verfehlen in Venezuela ihre Wirkung, weil Chávez' Wählerschaft bis vor kurzem mehrheitlich aus Analphabeten bestand. Seine Wähler messen die Wahrhaftigkeit der Politik an den erfolgten Taten. Diese haben sich in den letzten Jahren in Form von Sozialprogrammen, den so genannten „Misiones“, materialisiert. Mittlerweile gibt es über 16 dieser landesweiten Projekte, die ihresgleichen in Lateinamerika suchen. Zu den wichtigsten gehört die „Misión Barrio Adentro“ (Rein ins Armenviertel). Sie begann mit der Entsendung von Ärzten und Pflegepersonal in die Armenviertel. Zum ersten Mal erhielten viele Kranke dort eine kostenlose medizinische Grundversorgung. Mittlerweile dürften fast alle Barrios eine feste Krankenstation besitzen.

Im nächsten Schritt entstehen dort Volkskrankenhäuser, die für Operationen und Reha-Maßnahmen eingerichtet sind. Die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit subventionierten Grundnahrungsmitteln und Arzneien erfolgt über die Läden der Misión Mercal. Diese werden – wie andere Einrichtungen auch – wie Kooperativen betrieben. In der Misión Robinsón I lernten Menschen das Lesen und Schreiben mittels der kubanischen Methode „Yo sí puedo“ (Ich kann's doch). 2005 erklärte die UNO Venezuela frei vom Analphabetismus. Weiterführende Sozialprogramme ermöglichen das kostenlose Studium an der Bolivarianischen Universität. Parallel dazu versucht die Misión Vuelven Caras (Gesichter kehren zurück), Arbeitslose und Menschen ohne Ausbildung wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Wer die Möglichkeit hat, sich mit Leuten in einem Barrio über die Misiones zu unterhalten, wird einerseits Lob für Chávez sowie für die kubanischen Ärzte und Lehrer hören, andererseits aber auch harsche Kritik an der langsam arbeitenden Bürokratie. Die Sympathie für den Präsidenten hängt von diesen Programmen ab. Der Opposition ist es bisher nicht gelungen, eine Alternative zu entwickeln; zum einen, weil diese mit dem von ihr favorisierten Neoliberalismus inkompatibel ist, zum anderen,

weil ihr immer noch der Ruch der korrupten IV. Republik anhängt. In der Summe sind die Misiones zu tiefgreifend, als dass man sie als puren „Klientelismus“ darstellen könnte.

Vielmehr hat es die bolivarianische Revolution geschafft, die Rate der Armut zu senken: der Anteil der Armen an der Bevölkerung reduzierte sich von 42 Prozent (2005) auf 33 Prozent (2006). Die Auswirkungen der Sozialprogramme blieben bei diesen Berechnungen unberücksichtigt. Zur Verbesserung der sozialen Lage trug zum einen der Mindestlohn bei, der bei sinkender Inflation von 212 US-Dollar (2000) auf 238 US-Dollar (2006) stieg. Im selben Zeitraum fiel die Arbeitslosenquote von 17 auf 9,7 Prozent. Das Geld für die Sozialprogramme stammt hauptsächlich aus dem Erdölgeschäft. Aber die Existenz der Misiones hat weniger mit dem hohen Ölpreis zu tun als mit der grundsätzlichen Bereitschaft, diese Einnahmen überhaupt im sozialen Bereich einzusetzen. 2004 finanzierte die staatliche Erdölgesellschaft PDVSA mit 2,31 Milliarden US-Dollar die Sozialprogramme und investierte weitere zwei Milliarden US-Dollar in den staatlichen Fonds für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Außerdem flossen zwölf Milliarden US-Dollar an Abgaben und Steuern in die Staatskasse. Der Geldsegen ist dem gestiegenen Öl- und Gaspreis zu verdanken. Der durchschnittliche Preis pro Barrel Öl auf dem Weltmarkt kletterte von 20 US-Dollar (2000) auf 55 US-Dollar (2006).

Die lateinamerikanische Zeitgeschichte lehrt, dass die US-Politik bisher immer Mittel und Wege gefunden hat, um ihre Interessen in der Region zu wahren. Die Ausnahme von dieser Regel stellt das sozialistische Kuba dar. Chávez, der sich eingehend mit der Vergangenheit und Gegenwart des Kontinents befasst hat, wusste, was ihm blühte, wenn er seine Politik gegen den Willen Washingtons durchsetzen würde. Neben der Konsolidierung seiner bolivarianischen Revolution im Innern benötigte er zum Schutz ein sicherheitspolitisches Konstrukt im Äußern. Diesen Weg hat er geostrategisch denkend und geopolitisch handelnd bis heute verfolgt. „Anti-amerikanisch“ und „provokativ“ nannte die Presse des Nordens seine Schritte. Die Adjektive verschleiern die Dimension der bolivarianischen Außenpolitik. In deren Mittelpunkt steht die strategische Achse Caracas-Havana.

Für die Gesundheitsversorgung in den Barrios und für die Alphabetisierungskampagne benötigte Chávez geeignete Fachkräfte, die er nur aus Kuba bekommen konnte. Für die Inselrepublik war das die Möglichkeit, mit praktischer Arbeit die über zehnjährige Isolation zu überwinden und zu zeigen, wozu ihr Sozialismus fähig ist. Venezuela bezahlt diese Hilfe mit Erdöl. Außerdem konnte Kuba jenes sicherheitstechnische Wissen liefern, das in den letzten 50 Jahren alle US-Operationen gegen seine Revolution scheitern ließ. Hugo Chávez und Fidel Castro hoben darüber hinaus die „Alternativa Bolivariana para las Américas“ (ALBA) aus der Taufe. ALBA stellt nicht nur lautmalersich, sondern auch geopolitisch eine Alternative zur US-dominierten Freihandelszone ALCA (FTAA) dar. Nicht mehr der Kauf von Waren und Dienstleistungen steht im Mittelpunkt, sondern der bereits praktizierte Tausch. 2006 trat der bolivarianische Präsident Evo Morales der ALBA bei und verlängerte damit die strategische Achse.

Seit 2004 intensiviert Chávez auch die Kontakte zu Brasilien, Paraguay, Uruguay und Argentinien. Neben der Verbesserung der bilateralen Kontakte stand die Aufnahme Venezuelas in den Mercosur im Vordergrund. Dieser Beitritt stärkte den Wirtschaftsverbund und führte mit dazu, dass die US-Freihandelszone ALCA beim Amerika-Gipfel im argentinischen Mar de Plata 2005 vorläufig scheiterte. Aber auch die EU ist mit ihren Freihandelsplänen nicht weitergekommen.

Mit der Gründung der Comunidad Suramericana de Naciones (CSN), der Südamerikanischen Nationengemeinschaft, 2004 existiert zumindest auf dem Papier eine Institution, die zu einem späteren Zeitpunkt eine ernsthafte Alternative zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) mit Sitz in Washington werden könnte.

Faktisch ist es der bolivarianischen Außenpolitik gelungen, den Kontinent in einen pro-US-amerikanischen „Westblock“ und in einen bolivarianischen „Ostblock“ zu spalten. Zu letzterem gehören Argentinien, Uruguay, Brasilien, Kuba – und seit 2006 auch Bolivien. Morales' Beitritt zur ALBA bedeutete einen Verlust für den „Westblock“, der noch aus Panama, Kolumbien, Ecuador, Peru, Chile und Paraguay besteht.

Wie weit der Einfluss Washingtons gesunken ist, zeigen die Kampfabstimmungen in der UNO um den Platz des nichtständigen Mitglieds im UN-Sicherheitsrat, der einem Land aus Lateinamerika und der Karibik zu steht. Seit Wochen gelingt es der US-Politik nicht, ihren Wunschkandidaten Guatemala gegen Venezuela durchzusetzen. Diese Pattsituation ist eine Folge von Chávez' Reisediplomatie, die er mit einer entsprechenden Außenwirtschaftspolitik untermauert hat. Seit Ende 2004 hat Venezuela seine Verbindungen vor allem zu den UN-Vetomächten China und Russland, aber auch zum Iran und zu Weißrussland, Spanien und Frankreich, Afrika und in den arabischen Raum intensiviert. Ob das außenpolitische Sicherungssystem die boliviansche Revolution wirklich schützen kann, wird sich erst bei einer internationalen Krise zeigen.

Die nächsten bedeutenden innenpolitischen Veränderungen in Venezuela werden nach der Präsidentenwahl 2007 anstehen: Chávez möchte die Verfassung ändern lassen, damit die Wiederwahl des Staatspräsidenten nicht nur einmal, sondern mehrmals möglich ist. Darüber sollen die Bürger per Referendum abstimmen. Zeitgleich steht die Bildung einer „Einheitspartei der Revolution“ an, die neben dem MVR auch deren Koalitionspartner einschließen soll, nicht aber die Oppositionsparteien. Die innere Konsolidierung ist unumgänglich, wenn der 1999 begonnene gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzungsprozess auch die Privilegien der nach wie vor einflussreichen Oligarchie tangieren soll. Die Achillesferse der bolivianschen Bewegung sind, wie Chávez selber zugab, die oppositionsfreundliche Bürokratie und die Korruption, die parteiübergreifend wirkt. Da Bestechung seit jeher ein Bestandteil des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Venezuela ist, wird es sehr schwierig sein, sie weitgehend einzudämmen. Außerdem bedarf es auf allen Ebenen einer höheren Effizienz und Disziplin, damit die Regierungspolitik umgesetzt werden kann. Das alles geschieht nicht im luftleeren Raum. Auch die Landreform verläuft schleppend und stößt auf den bewaffneten Widerstand der Großgrundbesitzer, der bisher 160 Tote gefordert hat. Hinzu kommt ein weiteres Gewaltproblem, das neben der sozialen Komponente seine Ursache im innerkolumbianischen Konflikt hat, der nicht nur Flüchtlinge nach Venezuela treibt,

sondern auch ehemalige Paramilitärs, die mit Drogen dealen und sich aus Entführungen finanzieren. Sie stellen ein Bedrohungspotenzial dar, das bereit ist, dem radikalen Teil der Anti-Chávez-Opposition zu dienen.

In Bolivien steht Morales jetzt vor der Bewährungsprobe, die Chávez von 2002 bis 2004 überstand. Die Ausgangslage für den indigenen Staatspräsidenten ist wesentlich schwieriger als für den ehemaligen Offizier: Morales verfügt noch nicht über eine neue Verfassung, die den Wandel von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft hin zu einem gerechteren Gemeinwesen gutheißt. Mit der Verstaatlichung des Öl- und Gassektors hat er mächtige Gegner gegen sich aufgebracht. Diese zählen nach wie vor auf die Unterstützung von Militär, Staat und Kirche. Außerdem verfügen sie über tragfähige Kontakte sowohl nach Washington wie auch nach Brüssel. Die reichen Provinzen des Osten denken laut über die Autonomie und gar Lösung aus dem Staatsverband nach. Die Konfrontation ist keine Frage des Ob, sondern des Wann und Wie. Bolivien könnte in absehbarer Zeit die Kampfstätte werden, in der Neoliberalismus und Bolivarianismus aufeinander treffen.

Ende Oktober 2006 fand in der Hauptstadt Sucre das „Erste Treffen der Völker und progressiven Staaten zur Befreiung Lateinamerikas“ statt, zu dem Morales eingeladen hatte. Die dreitägige Zusammenkunft endete mit der Bildung des Regionalen Blocks der Volksmacht, der auf kontinentaler Ebene eben jene sozialen und indigenen Bewegungen repräsentiert, denen Morales, Chávez und andere linke Politiker ihre Regierungsmacht verdanken. Ob sich dieser Regionale Block als ein weiterer politischer Akteur etablieren kann, wird sich beim Gipfel der amerikanischen Präsidenten im bolivianschen Cochabamba im Dezember zeigen. Boliviens Vizepräsident Álvaro García Linera nahm die Forderung des Regionalen Blocks entgegen, der per Fernsehen mit den Staatschefs über vier wesentliche Punkte diskutieren will: Aussetzung der Bezahlung des Auslandsschulden, Abzug der US-Basen, Wiederbelebung der nationalen Landwirtschaft und Industrie, Bildung von Volksarmeen. Aus Garcías Abschlussrede ging eindeutig hervor, dass die anti- oder postneoliberale Politik in Lateinamerika auf der Idee vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ basiert, wie sie der deutsche Professor Heinz

Dieterich mitentwickelt hat. Mit Spannung darf erwartet werden, wie Washington und seine lateinamerikanischen Verbündeten auf dieses weitere Vorhaben lateinamerikanischer Emanzipationspolitik reagieren werden.

Kuba kann bei dieser Entwicklung nur mit Rat und Tat helfend zur Seite stehen. Die temporäre Machtübergabe von Fidel Castro an seinen Bruder Raúl hat gezeigt, dass das politische System nicht ins Wanken geraten ist, sondern einen Generationenwechsel durchführt. Die von den USA und Europa gewünschten politischen Veränderungen werden so nicht stattfinden, da sie keine Alternative darstellen: Allein mehrere Tausend kubanische Ärzte und Lehrer haben die krude soziale Wirklichkeit in Venezuela, Bolivien und Mittelamerika hautnah erlebt und wissen, was die Umsetzung eines neoliberalen Wirtschaftsmodells auf der Insel mit sich brächte. Dem allgemeinen Trend in Lateinamerika entspricht aber, dass breite Bevölkerungsmassen bereit sind, die Lösungen für ihre Probleme selbst zu entwickeln, anstatt sie zu importieren. Ob das überall gelingen wird, ist noch unklar, aber es zeigt, dass in Lateinamerika – und besonders in den ALBA-Staaten Venezuela und Bolivien – der Wille vorhanden ist, sich zu emanzipieren. Zur sozialen, kulturellen und politischen Eigenheit der Region mag es gehören, dass es hierfür populärer Führungspersonlichkeiten bedarf, die in vielfacher Hinsicht in der Lage sind, mit dem immer noch mächtigen US-Präsidenten gleichzuziehen.

Für Washington stellt sich angesichts seiner außenpolitischen Schwäche die Frage, ob es weiterhin im Alleingang versuchen will, den Bolivarianismus auf dem Kontinent aufzuhalten, oder ob es dafür auf den Zusammenschluss mit der Europäischen Union setzt, deren Global Player in Lateinamerika ebenfalls viel zu verlieren haben. Die Alternative wäre, mit den Emanzipationsbestrebungen und der Popularität bestimmter Politiker konstruktiv umzugehen.

Günther Maihold

Alte Konflikte und neue politische Kräfte im Andenraum

Von seiner Einordnung als „neuer Krisenbogen Lateinamerikas“¹ hat sich der Andenraum² nach dem Wahlen des Jahres 2005/2006 zu einer Region entwickelt, von der für einige Beobachter weiterhin in zentraler Weise Risiken politischer und sozialer Instabilität ausgehen, während andere in ihren Analysen die Hoffnung auf eine neuartige Form der politischen

Entwicklung auf der Basis einer grundlegenden Neuformierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens reflektieren.³ Nicht zuletzt steht dabei erneut die weiterhin offene Frage im Vordergrund, wie die Nationenbildung in einer Region befördert werden kann, die sich bislang auf die Frage der Anerkennung einer gelebten Staatsbürgerschaft (*ciudadanía*) breiter, teilweise mehrheitlicher Kreise der Bevölkerung nur in begrenztem Umfang eingelassen hatte. Die Länder der Region stehen damit vor der Aufgabe, „sich neu zu erfinden“ und beschreiten einen Weg der Neubestimmung ihrer innerstaatlichen Ordnung, wirtschaftli-

Günther Maihold

Dr. phil., Prof., geb. 1957; stv. Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ludwigkirchplatz 3–4, 10719 Berlin. guenther.maihold@swp-berlin.org

¹ Vgl. Sabine Kurtenbach/Mechthild Minkner-Bünjer/Andreas Steinhilf (Hrsg.), *Die Andenregion. Neuer Krisenbogen in Lateinamerika*, Frankfurt/M. 2004.

² Im Vordergrund dieser Erläuterungen stehen die Länder Bolivien, Ecuador und Peru, die ein recht einheitliches Muster wirtschaftlicher, politischer und sozialer Entwicklung aufweisen.

³ So wurde der Amtsantritt des neuen Präsidenten Boliviens, Evo Morales, mit der Wahl von Nelson Mandela in Südafrika verglichen; <http://www.gfbv.it/2c-stampa/2006/060119de.html>.

chen Ausrichtung und politischen Organisation, der viele ungeklärte Fragen berührt: das Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen, die Beziehungen zwischen ethnisch heterogenen Bevölkerungsgruppen, die Frage nach der nationalen und kulturellen Identität, die ordnungspolitische Ausrichtung zwischen Staat und Markt (insbesondere bezogen auf ihren Rohstoffreichtum und das Sozialstaatsmodell) sowie das Modell demokratischer Herrschaft in der Zukunft.

Die Wahlen in Bolivien, Peru und Ecuador

Den Auftakt des Wahlmarathons des Jahres 2006 in Lateinamerika bildeten die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in *Bolivien* vom 18. Dezember 2005, denen am 2. Juli 2006 die Wahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung folgte. Dabei gelang es der früheren Oppositionspartei *Movimiento als Socialismo* (MAS) in beiden Urnengängen, sich als Mehrheitspartei durchzusetzen und damit einen grundlegenden Wandel im Parteiensystem des Landes einzuleiten. So besitzt der MAS, der eher als „Konföderation von Allianzen aus Gewerkschaften, Bürgerchaftsgruppen und regionalen Initiativen“¹⁴ denn als politische Partei beschrieben werden kann, mit 137 von 255 Delegierten eine hinreichende Mehrheit, auch wenn das angestrebte Wahlziel einer Zweidrittelmehrheit nicht erreicht werden konnte. Mit seinem überraschend deutlichen Wahlsieg im Dezember 2005 hat der neue bolivianische Präsident Evo Morales ein neues Kapitel in der politischen und der Parteiengeschichte seines Landes aufgeschlagen.¹⁵ Mit 54 Prozent der Stimmen in deutlichem Abstand zum zweitplatzierten Kandidaten Jorge Quiroga mit 29 Prozent des Wählerpotentials hat er den deutlichsten Sieg in seinem Lande seit 50 Jahren errungen. Im Parlament gelang ihm eine absolute Mehrheit, die er im Senat nur knapp verfehlte. Morales gewann zudem mit Ausnahme von Santa Cruz in allen großen Städten; auf dem Lande erreichte er mit im Schnitt

65 Prozent der Stimmen ohnedies die Mehrheit der Bürger. Mit seiner Partei MAS konnte er gleichzeitig das Ende der traditionellen politischen Kräfte des Landes besiegeln,¹⁶ die in den letzten 20 Jahren die politischen Geschicke Boliviens bestimmt hatten. Dies gilt sowohl für die Traditionsparteien, die die Rückkehr zur Demokratie gestaltet hatten, wie auch für neue regionalistische und populistische Kräfte, die schnell das Ende ihres politischen Zyklus erreichten. Damit steht Morales für einen politischen Neuanfang des Landes, der ihm viele Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, aber gleichzeitig mit hohen Erwartungen der Bevölkerung an seine „neue“ Politik verbunden ist.

Die in der Stichwahl entschiedenen Präsidentschaftswahlen in *Peru* brachten einen Politiker an die Macht, der bereits von 1985 bis 1990 das höchste Amt des Staates mit einer katastrophalen Bilanz bekleidet hatte: Alán García von der apristischen Partei (*Partido Aprista Peruano*) gelang der Sieg mit 52,7 Prozent gegenüber dem nationalistisch und populistisch agierenden Kandidaten der *Unión por el Perú* (UPP) Ollanta Humala, der sich im Wahlkampf erfolgreich als Außenseiter gegenüber dem politischen Establishment sowie als enger Verbündeter des venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez präsentierte. Seine Forderungen nach Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung und der nationalen Kontrolle der Rohstoffe kommen dem bolivianischen Vorbild sehr nahe. Besondere Bedeutung gewinnt das Wahlergebnis durch die regionale Stimmverteilung: García gewann die Wahl insbesondere in den Departements der Küstenregion, während sein Gegenkandidat im andinen Süden und Zentrum sowie im amazonischen Tiefland erfolgreich war. Insoweit spiegelt sich darin eine nicht nur geographische, sondern auch ethnische Spaltung des Landes wider, die in der peruanischen Geschichte Tradition hat. Allerdings gelang es dem neuen Präsidenten nicht, im Parlament eine Mehrheit zu erringen; seine Partei verfügt nur über 36 der 120 Mandate, so dass er auf die Bildung von Koalitionen mit seinen ehemaligen Gegnern angewiesen ist. Ob dies angesichts der Polarisierung politischer und

¹⁴ Vgl. Peter DeShazo, *Bolivia at the Crossroads*, in: *Foreign Service Journal*, April 2006, S. 58.

¹⁵ Vgl. die Wahlanalyse von Stefan Jost, *Die Wahlen vom 18. Dezember 2005 in Bolivien: Auftakt zur demokratischen Revolution?*, in: Franziska Bopp/Gregor Ismar (Hrsg.), *Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze*, Berlin 2006, S. 211–245.

¹⁶ Vgl. dazu Günther Maihold, *Konfliktdynamiken und Handlungsoptionen in der Regierbarkeitskrise*, in: F. Bopp/G. Ismar, ebd., S. 79–110.

sozialer Art dauerhaft große Chancen birgt, muss angesichts der negativen Erfahrungen in der Vergangenheit – nicht zuletzt unter seinem Amtsvorgänger Alejandro Toledo – bezweifelt werden. Auflösungstendenzen in der UPP-Fraktion von Ollanta Humala im Parlament haben aber deutlich gemacht, dass diese sehr heterogene Allianz nicht als einheitlicher Block der Opposition handelt und damit für die Regierung García die Chancen im Parlament steigen könnten.

In Ecuador sind die Wahlen mit der Stichwahl für das Präsidentenamt am 26. November 2006 abgeschlossen worden, aus der der populistische Kandidat Rafael Correa als Sieger hervorgegangen ist. Seinem Gegenkandidaten Álvaro Noboa, einem der reichsten Männer des Landes, gelang auch im dritten Anlauf nicht der Sprung in das Präsidentenamt. Auch wenn die Formel eines Kampfes zwischen „Markt“ und „Marx“ sehr plakativ erscheint,¹⁷ so kommt sie bei allen nationalen Spezifika dem peruanischen Fall sehr nahe. So weist Ecuador einen extrem hohen Wechsel im Präsidentenamt auf; drei gewählte Präsidenten konnten ihre Amtszeit nicht beenden. Die innere politische Krise mit einem fragmentierten Parteiensystem hat dem Land eine dauerhafte Regierungskrise beschert, die durch den jetzigen Wahlgang kaum beendet sein dürfte. Die Stärke der sozialen Bewegungen, etwa in Gestalt der Indigenen-Partei *Pachakutik*, und die breite Ablehnung des politischen Establishments durch die Bevölkerung belasten die Zukunftschancen. Die ecuadorianische Demokratie bewegt sich noch immer unter der Kuratel der Streitkräfte, die sich die Rolle eines nationalen Streitschlichters reserviert haben. Der siegreiche Kandidat Rafael Correa versteht sich als Repräsentant der sozialen Bewegungen und Bürgergruppen, die durch so genannte Volksputsche (*golpes populares*) in unterschiedlicher Zusammensetzung bereits zweimal erfolgreich die Ablösung eines gewählten Präsidenten in Szene setzen konnten. Die Regierungsbildung steht angesichts eines parteipolitisch zersplitterten Parlaments vor großen Schwierigkeiten; die beinahe automatisch eintretenden Dauerblockaden zwischen Legisla-

¹⁷ Vgl. Stephen Johnson, Correa vs. Noboa: Ecuador's Choice between „Marx“ and Markets, in: The Heritage Foundation (Ed.), WebMemo Nr. 1238 vom 19. 10. 2006.

tive und Exekutive einerseits und der Regierung und gesellschaftlichen Gruppen¹⁸ andererseits dürften auch für Präsident Correa an der Tagesordnung sein.

Betrachtet man die Wahlen sowie die aus ihnen resultierenden Ergebnisse, so lassen sich folgende Elemente identifizieren:

– Die Länder des Andenraumes befinden sich auf dem Weg zu neuen Formen demokratischer Regierbarkeit, die eng verbunden sind mit einem distanzierten Verhältnis der Bevölkerung zur repräsentativen Demokratie. So entstammen in Peru und Ecuador die neuen Präsidenten nicht mehr traditionellen Parteien; ihre Mobilisierungsfähigkeit hat deutlich gemacht, dass die Distanz zu den etablierten Parteien wächst und Formen partizipativer und direkter Demokratie an Bedeutung gewinnen. Die neuen Präsidenten – mit Ausnahme von Evo Morales in Bolivien – müssen sich eine Mehrheit im Parlament suchen und mit der distanzierten Einstellung breiter Kreise der Bevölkerung zu ihrer Amtsführung rechnen.

– Die Vorstellung eines neuen Verständnisses von Nation wollen maßgebliche politische Kräfte der Region durch eine neue Verfassung deutlich werden lassen. Dabei treten insbesondere die Interessen der indigenen Gruppen in den Vordergrund, die indianische Werte und Wertordnungen wirksam vertreten. So ist mit den „Bewegungen indigener Völker ein politisch nicht mehr zu übergehendes Kraftpotenzial entstanden ... – aber noch keine gebündelte Kraft.“¹⁹ Ihr gesellschaftliches Blockadepotenzial bleibt bestehen, mit der Übernahme der politischen Verantwortung sind sie jedoch jenseits der rein negativen Handlungskompetenz gefordert, wie dies die eher negativen Erfahrungen der *Pachakutik*-Bewegung in Ecuador erkennen lassen.¹⁰

¹⁸ Vgl. zu diesen Strukturdefekten Jörg Faust/Imke Harbers u. a., Staatskrise in Ecuador, in: Brennpunkt Lateinamerika, Hamburg Nr. 9 vom Mai 2005, S. 110 ff.

¹⁹ Vgl. Juliana Ströbele-Gregor, Für ein anderes Bolivien – aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien, in: F. Bopp/G. Ismar (Anm. 5), S. 311.

¹⁰ Vgl. Jonas Wolff, Demokratisierung als Risiko der Demokratie? Die Krise der Politik in Bolivien und Ecuador und die Rolle der indigenen Bewegungen, HSFK-Report Nr. 6, Frankfurt/M. 2004.

– Die neuen in das politische Spektrum drängenden Kräfte von Evo Morales in Bolivien über Ollanta Humala in Peru bis zu Rafael Correa in Ecuador wollen ihre Machtausübung ohne neue intermediäre Strukturen und auf der Basis breiter Allianzen gesellschaftlicher Gruppen bewerkstelligen. Sie sind stark an die Figur einer Führungspersönlichkeit gebunden und Ausdruck der gegen die institutionelle Ordnung gerichteten Tendenz des Populismus.

– Für die Länder des Andenraums hat der venezolanische Präsident Hugo Chávez erheblich an Bedeutung gewonnen: Seine finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf der ihm nahestehenden Kandidaten anderer Länder ist nicht mehr umstritten, seine direkte Beteiligung an der inneren Wahlauseinsetzung dürfte im peruanischen Fall Ollanta Humala den Sieg gekostet haben. Seine durch Petro-Dollars finanzierten Angebote sind für die wirtschaftliche Entwicklung aller drei Länder von großer Wirkung. Venezolanische Experten haben Bolivien bei der Nationalisierung der Gasvorkommen am 1. Mai 2006 und der daran anschließenden Verhandlung von Förder- und Lieferverträgen mit den ausländischen Firmen beraten.

– Obwohl sie nur in Peru nicht an die Macht gelangten, haben sich in allen drei Ländern die Kräfte der „neuen Linken“¹¹ gestärkt positioniert. Ihr Erfolg lässt sich weithin auf das Scheitern der marktorientierten Reformen der 1990er Jahre zurückführen: Breite Bevölkerungskreise erwarten eine Verbesserung ihrer Lebenssituation und fordern von der Demokratie nicht nur die Teilnahme an Wahlen, sondern auch die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit. Die dabei verwendeten ideologischen Konzepte zeigen das breite Spektrum der „neuen Linken“, bringen diese aber nicht auf einen gemeinsamen politischen Nenner.

Unter dem Eindruck der politischen Krisen der vergangenen Jahre hat sich in der Öffentlichkeit die Einschätzung durchgesetzt, dass sich unter den Großregionen Lateinamerikas (Mittelamerika, Andenregion, Südamerika) gerade der Bereich der Anden als in besonde-

¹¹ Vgl. als Überblick für den Subkontinent Günther Maihold, *Pink Tide* regiert Lateinamerika: Verändert eine andere Linke die südamerikanische Politik?, in: *Vorgänge*, (2005) 171/172, S. 139–145.

rem Maße konfliktträchtig kennzeichnen lässt. Diese Konflikte reichen von den drängenden ethnischen, regionalen und sozioökonomischen Fragen über die hohe Fragmentierung des politischen Systems bis zu der anhaltenden Präsenz informeller Verfahrensweisen jenseits des rechtlichen Rahmens. Allerdings beeinträchtigen Sicherheitsprobleme die Entwicklung der Region, wobei die Wiederherstellung nationaler Souveränität und Autonomie neu debattiert wird.

Drogenanbau und Drogenökonomie – eine Frage nationaler Souveränität

Seit Jahrzehnten wird die Andenregion von der Drogenwirtschaft und den verschiedenen Ansätzen zur Bekämpfung des Drogenanbaus geprägt. Kolumbien befindet sich seit über 40 Jahren in einem Bürgerkrieg, dessen Auswirkungen die gesamte Region erfassen. Zunehmend hat sich der politische Kampf mit „normaler“ Delinquenz im Bereich der Drogenmafia vermischt. Fragile Staatlichkeit und die Einbeziehung einer Fülle gesellschaftlicher Akteure in die Drogenökonomie sind die Folge.¹² In Bolivien, Ecuador und Peru sind die Streitkräfte nicht wie in Kolumbien in interne Konflikte involviert, dennoch werden sie mit Unterstützung der USA im Kampf gegen den Drogenanbau und -handel eingesetzt.¹³

In Bolivien ist die Frage nach dem Staat an diesem Punkt besonders sichtbar: Der Kampf gegen den Drogenanbau hat die Bewegung des neuen Präsidenten Evo Morales erst zu einem politischen Akteur gemacht, seine Anhängerschaft stammt aus einem zentralen Drogenanbaugesamt, dem Chapare. Der Druck der USA zur Umsetzung der Verpflichtungen im Drogenkampf gerät damit zu einem Thema staatlicher Autonomie und Selbstbestimmung. So verweist die bolivianische Regierung von Evo Morales darauf, dass die Coca-Pflanze ein traditionelles Produkt Boliviens sei und daher der Kampf der Regierung weniger dem Coca-Anbau als der Transformation in Kokain zu gelten habe. Sie for-

¹² Vgl. Ulrich Schneckener, *Fragile Staatlichkeit. „States at risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden 2006.

¹³ Vgl. Morales faces challenge of limiting cocaine production in Bolivia, in: *Jane's Intelligence Review*, (March 2006), S. 27–31.



Tabelle: Finanzierungen aus der Andean Counterdrug Initiative im Jahr 2005 (in Mio. US-Dollar)

Land	Drogenbekämpfung und Sicherheit	Wirtschaftliche und soziale Entwicklung	Summe
Bolivien	48 608	41 664	90 272
Kolumbien	310 694	152 073	462 767
Ecuador	10 912	14 880	25 792
Peru	61 504	53 866	115 370

Quelle: US-Department of State (<http://www.state.gov/p/inl/rls/fs/49016.htm>).

dert daher für den nationalen traditionellen Bedarf eine Anbaufläche von 12 000 Hektar, die nicht Teil eines internationalen Plans der Drogenbekämpfung sein dürfte!¹⁴ – eine international umstrittene Position.

Seit den 1980er Jahren konzentrierte sich die Kooperation der USA gegenüber der Andenregion auf den „Kampf gegen die Drogen“, sowohl durch operative Maßnahmen als auch durch Importvergünstigungen für Exportprodukte im Rahmen des ATPDEA (Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act) seit dem Jahr 2002. Neben dem jährlichen Zertifizierungsprozess, der die Länder je nach ihren Kooperationsanstrengungen im Bereich der Drogenbekämpfung für weitere Hilfen qualifiziert bzw. disqualifiziert, leisten die USA insbesondere Programmhilfe an die Andenländer als Haupt-Kokain-Produzenten.¹⁵ Für Ecuador ist dabei die Präsenz von US-Streitkräften zur Überwachung des Drogentransports auf der Basis Manta von Bedeutung, deren Nutzungsvertrag im Jahre 2009 ausläuft und der nach Ansicht des neuen Präsidenten Rafael Correa bereits jetzt gekündigt werden sollte. Im Rahmen der ADI (Andean Counterdrug Initiative) leisten die USA vor allem Unterstützung bei der Bekämpfung des Anbaus und der begleitenden Wirtschafts- und Sozialentwicklung, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf dem Engagement in Kolumbien liegt.

Bislang waren die Programme zur Drogenbekämpfung allerdings nur begrenzt erfolgreich: Die Anbauflächen im Andenraum wur-

den insgesamt kaum reduziert, vielmehr erfolgte eine Verlagerung innerhalb der Länder oder über die Landesgrenzen hinweg (von Kolumbien nach Bolivien und Peru). Zudem wurden durch die militärischen Kooperationsprogramme die Streitkräfte statt der Polizei durch ihren Einsatz im Bereich der inneren Sicherheit gestärkt. Damit gerät die US-Präsenz in der Region zunehmend in das Feld der innenpolitischen Auseinandersetzung, die im Wahlkampf mit der Überhöhung nationaler Souveränitätspostulate und teilweise eingebunden in einen antiamerikanischen Diskurs eine besondere Färbung erhielt. Im Falle Ecuadors gilt dies zusätzlich für den wirtschaftlichen Bereich, da seit der Dollarisierung der Ökonomie im Jahre 2000¹⁶ von der linken Opposition die Rückkehr zur Nationalwährung *Sucre* gefordert wird, um in der Geldmengenpolitik die nationale Souveränität zurückzuerlangen.

Wandel der Demokratie und Elitenwechsel

Im lateinamerikanischen Vergleich bleiben die Länder des Andenraums als Region deutlich hinter den erreichten Demokratieniveaus der anderen Subregionen zurück. Folgt man den kombinierten Daten der Demokratie-Indikatoren des Bertelsmann Transformation Index 2006, so erreicht auf der Skala von 1 (nicht gegeben) bis 10 (vollständig erfüllt) Bolivien den Wert 7,2, Peru 7,6 und Ecuador 6,4.

Hinsichtlich der Perspektiven der demokratischen Entwicklung sind insbesondere die Funktionsbedingungen der Demokratie von Bedeutung. Dazu gehören die Ausprägung des staatlichen Gewaltmonopols, Faktoren demokratischer Stabilität (funktionierende politische Parteien und Interessengruppen, die normative Verankerung der Demokratie bei den Bürgern, die Ausbildung der Zivilgesellschaft und die Etablierung einer *civic culture*) und sozio-ökonomische Voraussetzungen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass das Demokratieverständnis in Lateinamerika traditionell in enger Verbindung zur sozialen Gerechtigkeit als Zielgröße

¹⁴ Vgl. P. DeShazo (Anm. 4), S. 59.

¹⁵ Vgl. Andrew Cottey/Anthony Forster, *Reshaping Defence Diplomacy: new Roles for Military Cooperation and Assistance*, London 2004, S. 45.

¹⁶ Vgl. Hartmut Sangmeister, *Finanzkrisen, Währungskrisen, Wirtschaftskrisen: Konstanten des lateinamerikanischen Entwicklungsprozesses?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, (2000) 37–38.

zu verstehen ist,¹⁷ also die Leistungsbilanz der Demokratie von der Bevölkerung vor dem Hintergrund der Armutsbekämpfung bewertet wird. Somit bewegen sich die Indikatoren des Vertrauens in die Politik in eine negative Richtung; auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eliten zeigt in der Region eine negative Tendenz. Dies stellt neue Herausforderungen für die Kohäsion dieser Länder bei zunehmender Armut dar: Vor allem jene Gruppierungen, die sich als Anti-Systemkräfte gegen die etablierten politischen Parteien positionieren, setzen die politisch Herrschenden unter deutlichen Legitimationsdruck. Die Korruption der dominanten gesellschaftlichen Gruppen und die Selbstbedienungsmentalität im alten Parteienwesen entwickelten sich zur zentralen Angriffsfläche für die aufkommenden neuen Kräfte, denen das alte Establishment nichts entgegenzusetzen hatte. Dass dies in Bolivien unter stärker ethnisch geprägten Vorzeichen stattfand, muss dabei nicht überraschen. Die Regierungsübernahme durch Evo Morales kam damit einem Austausch der Eliten gleich; politisch oftmals sehr unerfahrene Führungspersonen übernahmen die politische Verantwortung. Demgegenüber besitzen die neuen Regierungen in Peru und Ecuador die Chance, angesichts des erkennbaren Drucks auf die Repräsentanten des „alten Systems“ einen Elitenwandel vorzubereiten, der den bisher ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppen eine breitere Vertretung in gesellschaftlichen und politischen Entscheidungspositionen ermöglicht.

Neue politische Akteure: Regionalismus und ethnische Heterogenität

Nach der Dekade der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Strukturanpassungspolitik ist der Andenraum in eine Phase der institutionellen Schwäche der Demokratie und wachsender politischer Mobilisierung bisher inaktiver oder nicht beteiligter politischer Akteure eingetreten: Hierzu gehören sowohl ethnische Gruppierungen als auch neue politische Interessengruppen, die sich an einem stark regionalistisch bis separatistisch orientierten Interessenprofil ausrichten. Dies setzt die politischen Institutionen unter Druck und

¹⁷ Vgl. Manfred Mols, *Demokratie in Lateinamerika*, Stuttgart 1985.

formuliert zentrale Herausforderungen für die etablierten politischen Eliten. Gleichzeitig schieben sich zivilgesellschaftliche Bewegungen in den Vordergrund, die ihre Interessen gegen ein von ihnen als verkarstet angesehenes politisches System oftmals gewalttätig zu artikulieren versuchen. So fordern die Indio-Bewegungen die Anerkennung indianischer Gewohnheitsrechts, das nicht notwendigerweise in Übereinstimmung mit den Rechts-traditionen des bürgerlichen Rechts und den Verfassungsgrundsätzen zu bringen ist. Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens müssen daher in Ländern wie Bolivien, Ecuador oder Peru neu verhandelt, die Reichweite von Staatlichkeit neu bestimmt und die Beziehungen zwischen Bürgern und Staat auf eine neue Grundlage gestellt werden.¹⁸

In jüngster Zeit gibt es Bestrebungen einer engeren Kooperation der indigenen Bewegungen in verschiedenen Ländern. So wurde etwa auf einem Kongress in Cuzco im Juli 2006 eine Koordinationsgruppe für die indigenen Organisationen der Andenländer gegründet.¹⁹ Beabsichtigt ist das vereinte Engagement für gemeinsame Anliegen der *Indigenas* etwa im Bereich des Freihandels und der Verteidigung natürlicher Ressourcen. Der Zusammenschluss ist in dieser Form die erste transnationale Regionalorganisation von indigenen Völkern überhaupt, allerdings gab es bereits in früheren Jahren Anstrengungen zu vermehrter Kooperation. Wenngleich sich die Interessen der verschiedenen indigenen Gruppierungen in weiten Bereichen decken, stellen die enorme Diversität der Akteure und Organisationen im indigenen Spektrum (etwa die unterschiedlichen Forderungen von indigenen Völkern aus dem Hoch- oder Tiefland) und deren ideologische Differenzen eine Zusammenarbeit vor große Herausforderungen. In den Dachverbänden indigener Organisationen innerhalb eines Staates haben diese Faktoren immer wieder zu Spaltungs-

¹⁸ Vgl. Jonas Wolff, *Zwischen Demokratisierung und Destabilisierung: Die indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador als Herausforderung der real-existierenden Demokratie*, in: F. Bopp/G. Ismar (Anm. 5), S. 247–278.

¹⁹ Vgl. Leslie Josephs, *Indigenous groups find unity in diversity – five Andean indigenous organizations form first ever regional bloc*; <http://www.latinamericapress.org/article.asp?IssCode=0&clanCode=1&artCode=4774> (18. 10. 2006).

tendenzen geführt. In dieser Hinsicht ist von einer länderübergreifenden, geschlossenen indigenen Bewegung in naher Zukunft nicht auszugehen. Weit mehr als in der Praxis bewegen sich diese Kooperationsbestrebungen auf der rhetorischen Ebene.¹²⁰

Der neue Populismus: Die Rückkehr der Vergangenheit im Andenraum?

Obwohl sich die im Rahmen der Welle der neuen Linken gewählten Politiker gegen die Bezeichnung „populistisch“ wehren, lassen sich bei einigen der sie tragenden Kräfte deutlich Stile und Techniken erkennen, die für den Populismus kennzeichnend sind.¹²¹ So wird der Rückbezug auf eine imaginäre, identitätsstiftende Gemeinschaft gesucht, die ein abgrenzbares Kollektiv beschreiben kann; diese Dimension findet sich im Andenraum im Rückbezug auf das Volk (*pueblo*) in Abgrenzung zu den als verkommen betrachteten Eliten einerseits und andererseits im ethnisch aufgeladenen Diskurs der indianischen Gemeinschaft bzw. ihrer Werte, die etwa bei Evo Morales als „weise Organisationsformen“ und „wahrer Kommunismus“ (gemeint wohl im Sinne des Kommunitarismus) aufscheint.¹²²

Neben diesen Gemeinschaftsbegriff tritt ein politischer Stil, der darauf abzielt, möglichst breite und unmittelbare Unterstützung zu gewinnen, wobei sich die Führungspersönlichkeiten der Polarisierung der Gesellschaft durch scharfe Trennung in „Volk“ und „Herrschende“ sowie „Gut“ und „Böse“ bedienen. Insoweit greifen Rhetorik, Argumentationsweise und politisches Handeln derart ineinander, dass die vermittelnden Instanzen repräsentativen Zuschnitts wie Parteien und Interessengruppen ihre Bedeutung einbüßen. Die direkte Ansprache des Volkes gewinnt an Bedeutung, so dass etwa in Bolivien Evo Morales zur Verteidigung der Regierung durch das Volk bei seinen Bestrebungen zur Natio-

nalisation der Gasvorkommen und deren Förderung aufrief.

Kennzeichnend für die aktuelle Variante des Populismus ist zudem der Ressourcennationalismus, der alle drei Länder durchzieht: Die Gas- und Erzvorkommen in Bolivien, die Öl- und Erzexporte in Peru sowie die Ölrressourcen in Ecuador sind in dieser Perspektive zum unmittelbaren Objekt der Beschwörung nationaler Souveränität und Kristallisationspunkt populistischer Projektionen geworden.¹²³ Nicht zuletzt befördert durch das Ansteigen der Ressourcenpreise im Kontext der wachsenden Präsenz Chinas in Lateinamerika,¹²⁴ ist in der innenpolitischen Auseinandersetzung jenseits der Verfügung über die Rohstoffe auch die Frage nach deren Verwendung für die Ziele der nationalen Entwicklung in die Diskussion geraten. Dabei stellen sich Fragen nach der Art der Beteiligung ausländischer Konzerne und des Verhältnisses zwischen Staat und Markt neu, nachdem im Kontext der Demokratisierung in Lateinamerika in den 1970er Jahren unter dem Vorzeichen wirtschaftlicher Strukturanpassung die Öffnung der Märkte in den Vordergrund gerückt war.

Nun scheint das Pendel zurückzuschlagen: Eine stärkere Rolle des Staates im Wirtschaftsleben, der Daseinsvorsorge und staatliche Rohstoffunternehmen sind Merkmale, die den Diskurs wie in den 1970er Jahren prägen. Die Region scheint vor der Neuauflage einer Debatte zu stehen, die schon vor 40 Jahren ohne fruchtbare Ergebnisse, aber hoch ideologisiert geführt wurde. Dieser Tendenz können sich die neuen Regierungschefs der Region nicht entziehen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf der Verletzung nationaler Interessen aussetzen wollen.

Neue Bedeutung erhält dabei die Auseinandersetzung über den Freihandel in der Region. Ecuadors neuer Präsident wird das Freihandelsabkommen mit den USA nicht unter-

¹²⁰ Vgl. Juliana Ströbele-Gregor, Bolivien: Auf dem Weg zur Neugestaltung der Demokratie?, in: Lateinamerika Analysen, 10 (Februar 2005), S. 119–134.

¹²¹ Vgl. Hans-Jürgen Puhle, Zwischen Protest und Politikstil: Populismus – Neopopulismus und Demokratie, in: Nikolaus Werz (Hrsg.), Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003, S. 43.

¹²² Vgl. Christian Arnold, Bolivien – doktrinaire Grundlagen des MAS, Berlin 2006 (mimeo), S. 7.

¹²³ Vgl. Jörg Husar/Günther Maihold, Konfliktstoff Erdgas. Südamerika wird wieder Rohstofflieferant, in: Brennpunkt Lateinamerika, (2005) 11, S. 129–140.

¹²⁴ Vgl. Günther Maihold, China und Lateinamerika, in: Gudrun Wacker (Hrsg.), Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik?, SWP-Studie 3, Berlin 2006, S. 40–49; Jörg Husar, Chinas Engagement in Lateinamerika. Rohstoffbedarf, Versorgungssicherheit und Investitionen, Saarbrücken 2006.

zeichnen. Die Politik der USA gegenüber der Region wird sich neu ausrichten müssen, da die Positionen von Venezuelas Präsident Hugo Chávez durch die neuen Amtsinhaber in Bolivien und Ecuador gestützt werden.

Andenregion: Konfliktzone oder gesellschaftspolitischer Experimentierraum?

Die Veränderung der Gesellschaften Boliviens, Perus und Ecuadors durch die jüngsten Wahlprozesse hat trotz der unterschiedlichen Ergebnisse unter politischen Vorzeichen doch eine neue Etappe der Demokratieentwicklung eingeläutet: Traditionelle Akteure wie Parteien wurden deutlich abgestraft, neue Allianzen wie der MAS haben sich als Mehrheitspartei etablieren können.

Andere Kräfte unter der Leitung von Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador haben Regierungsverantwortung erhalten und müssen ihre Wähler zufrieden stellen. Die Wahlen haben insoweit nichts an den Konflikten geändert, aber möglicherweise der Form des Konfliktaustrags eine neue Richtung gegeben. Gegenwärtig weist diese weniger auf institutionelle Wege als auf die Auseinandersetzung „auf der Straße“ hin; insofern haben die neu gewählten Regierungen der Region eine große Verantwortung, ihrer Politik jene Inhalte zu geben, die die sozialen Kräfte zusammenführen und Ausgleich sowie Kohärenz stiften. Nur dann wird es möglich sein, die Dynamik der Konflikte zu kontrollieren und die Stabilität der demokratischen Entwicklung zu bewahren.

Auch die neuen politischen Kräfte müssen durch programmatische Substanz, weniger durch symbolische Akte, zur Weiterentwicklung der Demokratie in der Region beitragen. Andernfalls dürften für den Andenraum die Chancen auf eine friedliche Transformation schnell sinken.

Silvana Krause

Brasilien nach den Wahlen 2006

Der Wahlsieg von Luiz Inacio Lula da Silva im Jahr 2002 stellte für die in Brasilien erst 1985 eingeführte Demokratie eine Herausforderung dar, denn er führte zu einem Machtwechsel, und viele Politikwissenschaftler sahen darin sogar den Beginn einer neuen politischen Phase des Landes. Die Partei Lulas, die Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores = PT), symbolisierte einerseits den Kampf der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften aus den 1980er Jahren, andererseits aber stellte sie eine Option für die noch junge Demokratie Brasiliens dar. Lula kündigte einen wirklichen Richtungswechsel an, da seine Partei sich im politischen Umgestaltungsprozess nach den Wahlen an keiner Regierungskoalition beteiligt hatte und als klare Opposition auftrat. Das Profil der PT¹ unterschied sich seit ihrer Gründung erheblich von den anderen Parteien. Sie war eine Partei mit einer fest gefügten sozialen Bezugsgruppe,² mit den Charakteristika einer Massenpartei, und sie war nie von der Unterstützung des Staatsapparats abhängig. Sie hatte immer darauf geachtet, Abstand zu Führungsbündnissen und Parteien zu halten, die am Militärregime oder am Pakt zur politischen Umgestaltung und der Konstruktion einer neuen Regierung beteiligt waren.

Silvana Krause

Dr. phil., Professorin für Politikwissenschaft an der Föderalen Universität des Goiás, 74001-970 Goiânia, Brasilien.
krause@fchf.ufg.br

Nach drei erfolglosen Versuchen, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen (1989, 1994

Übersetzung aus dem Portugiesischen: Juliane Greiner, Potsdam.

¹ Vgl. Margareth Keck, PT: *Á lógica da diferença*, São Paulo 1991.

² Soziale Bewegungen sind zum Beispiel die *Bewegung der Landlosen* (Movimento dos sem terra, MST) und die *Vereinigung der Arbeiter* (Central Única dos Trabalhadores, CUT), die vor allem die Metall- und Industriearbeiter sowie die Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten repräsentiert.

und 1998), präsentierte sich Lula, zu jener Zeit Gewerkschaftsführer, 2002 erneut als Kandidat, dieses Mal jedoch mit einer neuen Wahlstrategie und einer signifikanten Veränderung seines Profils.

Seine Wahlkampfstrategie bestand in der Vermittlung eines beweglicheren und weniger radikalen Bildes seiner Person. Lula signalisierte Bereitschaft zu Verhandlungen und der Aufnahme des Dialogs mit Unternehmern und war vertrauensvoll genug, um Vereinbarungen zu treffen. Er regierte, ohne die Armut aus dem Blick zu verlieren, denn schließlich stammt er nicht nur aus der Gewerkschaftsbewegung der Metallindustrie in São Paulo, sondern kommt aus der ärmsten Region des Landes, dem Nordosten.

Was seine Wahlkampfstrategie noch deutlicher macht, ist die Vereinbarung einer Koalition, die nicht aus Parteien des linken Spektrums zusammengesetzt, sondern eher in der Mitte-Rechts-Richtung angesiedelt ist. Deren Kandidat für den Posten des Vizepräsidenten Brasiliens ist José de Alencar von der Liberalen Partei (Partido Liberal = PL), der ein erfolgreicher Unternehmer ist und somit auch die Unternehmerverbände des Landes repräsentiert.

Eine weitere wichtige Strategie Lulas bestand darin, keine radikale Position gegen den bis dahin amtierenden Präsidenten Fernando Henrique Cardoso einzunehmen, sondern sogar dessen Politik der Inflationskontrolle zu loben und keinerlei Streit über den „Plano Real“ einzugehen, der die brasilianische Wirtschaft seit 1994 stabilisierte. Diese Änderung von Image und Wahlkampfstrategie zeigte Wirkung und führte zum Sieg Lulas im zweiten Wahlgang gegen den Kandidaten der bis dahin regierenden Brasilianischen Partei der Sozialdemokraten (Partido da Social Democracia Brasileira=PSDB),¹³ José Serra.

Herausforderungen für die erste Regierung Lulas

Wenn auch die Änderung der Wahlkampfstrategie der PT 2002 zum Sieg Lulas führte, so galt es nun, sich neuen Herausforderungen

¹³ Vgl. Maria D'Alva Kinzo, *Radiografia do quadro partidário brasileiro*, São Paulo 1993.

zu stellen. Durch die erweiterte Bündnispolitik kam es *erstens* zu internen Auseinandersetzungen, die besonders durch den linken Flügel der PT angeheizt wurden. Diese Debatten endeten mit dem Parteiaustritt von einigen Führungskräften und der Distanzierung von einem besonders militanten Flügel bei der Bildung der neuen Regierung. *Zweitens* musste der Präsident nun mit einer anderen Wählerbasis umgehen lernen, die sich signifikant von der Wählerschaft der 1980er und 1990er Jahre unterschied. Der traditionelle PT-Kandidat hatte bisher seine Klientel vor allem in den stärker entwickelten, urbanisierten und industrialisierten Regionen und Städten gefunden, die sich besonders im Südosten und Süden des Landes konzentrierten, so dass die PT Schwierigkeiten hatte, die ärmere Bevölkerung im Norden und Nordosten für sich zu gewinnen, die eher die konservativen Parteien wählten. Doch bereits im ersten Wahlgang erhielt Lula die Mehrheit der Stimmen in fast allen Regionen des Landes mit Ausnahme von zwei Bundesstaaten im Nordosten (Ceará und Alagoas) und dem Bundesstaat Rio de Janeiro. Dies macht einerseits deutlich, wie stark die PT den Kreis ihrer Wählerschaft erweitert hatte, und andererseits, wie sehr sie vom Kandidaten Lula abhängig war. Dies bedeutete, dass eine ärmere und weniger gebildete Schicht den PT-Kandidaten zum Präsidenten Brasiliens gewählt hatte.

Für die brasilianischen Wählerinnen und Wähler waren die Inflationsbekämpfung und die ökonomische Stabilität ein im Wahlkampf tabuisiertes Thema, weil diese die Erfolge der Regierung von Fernando Henrique Cardoso symbolisierten. Jedoch hatten der „Plano Real“ und die Programme der Privatisierung unterdessen ihre Grenzen erreicht. Die Regierung Lula musste deshalb folgende Probleme lösen: *erstens* die Frage der Arbeitslosigkeit, denn das ökonomische Wachstum war nicht hoch genug, um die Arbeitslosenquoten zu senken; *zweitens* die soziale Frage und die Einkommensverteilung, die bisher keine Fortschritte gemacht hatte; *drittens* die hohe Auslandsverschuldung, die sich als Hindernis für die nachhaltige ökonomische Entwicklung des Landes darstellte.

Zu Beginn des Wahljahres 2006 konnte die Regierung Lula Erfolge in der Inflationsbekämpfung aufweisen. Mit 2,8 Prozent lag die

Inflationsrate knapp über dem besten Ergebnis von 1,7 Prozent im Jahre 1998. Die niedrige Inflationsrate kam vor allem den ärmeren Schichten der Bevölkerung zugute, die dadurch wieder mehr Geld für Lebensmittel hatten. Trotz erfolgreicher Inflationskontrolle blieb das Wirtschaftswachstum – auch bei einer günstigen internationalen Weltkonjunktur – schwach. Brasilien war das Land, das seit 2000 die niedrigsten realen Wachstumsraten hatte, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, im Vergleich zum Durchschnitt der so genannten Schwellenländer.¹⁴ Die soziale Frage war zentraler Bestandteil der Politik der Regierung Lula. Die bedürftigere Bevölkerung nannte ihn den „Präsidenten der Armen“.

Der Kampf gegen die Armut und für die Umverteilung von Einkommen wurde und wird durch das „Ministerium für Soziale Entwicklung und Kampf gegen den Hunger“ im Rahmen des Programms „Bolsa Família“ geführt,¹⁵ dessen Ziel darin besteht, Einkommen direkt an arme Familien zu verteilen. „Bolsa Família“ will jedoch nicht nur eine kurzfristige Lösung des Hungerproblems erreichen, sondern versucht, fundamentale soziale Rechte im Bereich von Bildung und Gesundheit zu garantieren. Seine ganzheitliche Sichtweise zielt darauf ab, den Kreislauf der Armut innerhalb der Familie zu durchbrechen und fordert deshalb auch Zugeständnisse von Seiten der Familien. Zu Beginn des Wahljahres zeigten Umfragen deutlich einen direkten Zusammenhang zwischen dem Sozialprogramm „Bolsa Família“ und der Zustimmung zur Regierung. Dieser Erfolg wurde zunächst dem Engagement im sozialen Bereich zugerechnet (43 Prozent) und später erst der Leistung im Wirtschaftsbereich (24 Prozent). Ohne Zweifel hatten die Sozialprogramme größeren Einfluss in den ärmeren Regionen des Landes, im Nordosten, in denen der Präsident seine höchste Zustimmungsrate erreichte.¹⁶

Getrübt wurde die Bilanz durch die 2005 aufkommenden Korruptionsvorwürfe gegen die Partei des Präsidenten, die sogar enge

¹⁴ Vgl. Folha de São Paulo vom 29. 9. 2006.

¹⁵ Vgl. <http://200.152.41.8/bolsafamilia/bolsafamilia01.asp> (11. 11. 2006).

¹⁶ Vgl. Data Folha, in: Folha de São Paulo vom 26. 2. 2006.

Vertrauenspersonen Lulas betrafen, die direkt an der Regierung beteiligt waren. Einerseits hatte die Politik der PT, Koalitionen einzugehen, zu solchem Unmut geführt, dass einige eher links gerichtete Abgeordnete die Partei verließen,¹⁷ andererseits erhoben auch die Koalitionspartner schwerwiegende Vorwürfe gegen die Regierung. Die Öffentlichkeit assoziierte die Korruption und die durch die Medien veröffentlichten Skandale zwar mit der Regierung Lulas;¹⁸ dies stellte aber überraschenderweise keine direkte Bedrohung für die weiterhin positive Bewertung der Regierung und für die Wiederwahl des Präsidenten dar. Eine wichtiges Indiz, um diesen scheinbaren Widerspruch zu erklären, ist die Personalisierung der Politik Brasiliens. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung wusste, dass es Korruption innerhalb der Regierung Lulas gab, vertraut sie weiterhin ihrem Präsidenten.

Die Präsidentschaftswahlen 2006

Während des gesamten Wahlkampfes führten die Umfragen verschiedener Institute immer den PT-Kandidaten Lula als Favoriten und hielten einen zweiten Wahlgang für eher unwahrscheinlich. Der Kandidat der oppositionellen PSDB,¹⁹ Geraldo Alckmin, war daher in seinem Bemühen wenig erfolgreich, den positiven Bewertungen der Regierung und dem charismatischen Profil des Präsidenten etwas entgegenzusetzen. Als ein erneuter Skandal, der auch das Umfeld der Regierung Lula betraf, aufgedeckt wurde und den laufenden Präsidentschaftswahlkampf beeinträchtigte, waren es nur noch 15 Tage bis zum ersten Wahlgang.¹⁰ Die Bundespolizei beschlagnahmte Unterlagen (Fotos, DVDs, Videos), die den Kandidaten der PSDB betrafen. Mit diesen Unterlagen konnte bewiesen werden, dass der PSDB-Kandidat in die „Blutsauger-Mafia“ verstrickt war, die für

¹⁷ Der Ausschluss dieser Abgeordneten ist vor allem dem Abweichen von der Parteilinie im Kongress zuzuschreiben.

¹⁸ In einer Umfrage vom Jahresbeginn 2006 gaben 82 % der Befragten zu, dass Korruption in der Regierung Lulas existiert. Vgl. Data Folha, in: Folha de São Paulo vom 6. 2. 2006.

¹⁹ 2006 standen insgesamt 8 Kandidaten auf die Präsidentschaft zur Wahl.

¹⁰ Der erste Wahlgang fand am 1. 10. 2006 statt. Entsprechend den Wahlregeln muss der erfolgreiche Präsidentschaftskandidat wenigstens 51 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

den illegalen Ankauf von Krankenwagen verantwortlich war. Das beschlagnahmte „Dossier“ sollte an Mitglieder der PT verkauft werden, um so dem PSDB-Kandidaten zu schaden. Der Skandal betraf indirekt auch Präsident Lula, weil die Untersuchungen ergaben, dass dessen engstes Umfeld in den Fall verstrickt war.

Die Strategie Lulas, sich in diesem Fall nicht zu äußern und nicht an den Wahlkampfdebatten im Fernsehen teilzunehmen, trug wesentlich dazu bei, dass ein zweiter Wahlgang notwendig wurde. Die politische Debatte im ersten Wahlgang kreiste um Korruptionsvorwürfe und Moral in der Politik. Die Oppositionskandidaten konzentrierten ihre Kräfte darauf, den Wählern deutlich zu machen, dass die moralische Integrität der PT angeschlagen sei. Diese Strategie zielte darauf, das positive Image zu zerstören, das die PT im Kampf gegen die Korruption gewonnen hatte.

Im ersten Wahlgang erreichte Lula 48,61 Prozent der abgegebenen Stimmen, sein Gegenkandidat, Geraldo Alckmin, konnte 41,64 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.¹¹

Der erste Wahlgang machte damit auch deutlich, dass das Land gespalten war, besonders, wenn man die regionale Stimmverteilung betrachtet. Lula gewann im Nordosten und Norden, also den ärmeren Regionen des Landes, in denen die Sozialpolitik der Regierung den Bedürftigen zugute gekommen ist. Geraldo Alckmin erzielte seine Erfolge im Süden und Südosten des Landes, wo das höchste Pro-Kopf-Einkommen erzielt wird. Auch ist die Relation zwischen der Stimmabgabe für Lula und den fünf Bundesstaaten, deren Wirtschaft stark von der Landwirtschaft geprägt ist, interessant. Im Zentralen Westen (Mato Grosso do Sul, Goiás und Mato Grosso) und im Süden (Rio Grande do Sul und Paraná) spiegelte das Wahlergebnis nicht nur die Krise in diesem Sektor wider, sondern auch die Unzufriedenheit mit der bis dahin amtierenden Regierung.

Der zweite Wahlgang¹² ergab ein völlig anderes Wahlergebnis als der erste. Der Wahl-

¹¹ Vgl. <http://www.justicaeleitoral.gov.br/resultado/index.html>.

¹² Der zweite Wahlgang fand am 29. 10. 2006 statt.

kampf konzentrierte sich auf Lula und Alckmin und wurde besonders intensiv im Fernsehen ausgetragen. Der Präsident kritisierte nun seine eigene Partei und forderte einen Führungswechsel auf Bundesebene, denn immerhin wurden vier wichtige Mitarbeiter der PT eine Woche nach dem ersten Wahlgang aufgrund ihrer Verwicklungen in den „Dossier“-Skandal gegen die PSDB ihrer Ämter enthoben. Die gezeigte Führungsstärke Lulas ließ sogleich seine Umfragewerte steigen. Aber auch Alckmin versuchte, sein Image zu verändern, indem er Lula stärker angriff. Ein weiterer Faktor, der zum Sieg Lulas beitrug, war sicherlich, dass die Wähler erst in der Zeit zwischen den beiden Wahlgängen die Chance hatten, Alckmin näher kennen zu lernen, denn durch seine ehemalige Funktion als Gouverneur von São Paulo war sein Bekanntheitsgrad eher auf diesen Bundesstaat beschränkt geblieben.

Eine Strategie, die positive Effekte für Lula hatte, war der Versuch, die Debatte von der Korruption und der moralischen Integrität der PT auf die Privatisierungspläne der PSDB, besonders in Bezug auf Fernando Henrique Cardoso, zu lenken. Dadurch gelang es dem Präsidenten, die programmatischen Grenzen und Unterschiede in den Konzeptionen zur Wirtschaftsentwicklung seiner Politik und der von Cardoso zu verwischen.

Während der Regierung von Getúlio Vargas wurden vor allem staatliche Unternehmen gegründet, die zum Wirtschaftswachstum des Landes beitrugen. Für viele Wähler stellen diese immer noch öffentlichen Besitz dar, besonders, wenn es um unveräußerliche Errungenschaften geht.¹³ Denn für Brasilianer ist das Thema der Privatisierungen stark verbunden mit der Erfahrung des Nationalismus in der Zeit der Präsidentschaft von Getúlio Vargas.¹⁴ Und die „Ära“ Cardoso bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur den Verlust von öffentlichen Eigentümern durch Privatisierungen, sondern auch Korruptionsverdacht und Unregelmäßigkeiten im Privatisierungsprozess.

¹³ In den 1950er Jahren gab es eine Kampagne „Das Erdöl gehört uns“ („O Petróleo é nosso“), die das staatliche Öl-Monopol der Firma Petrobras verteidigte.

¹⁴ Getúlio Vargas regierte das Land von 1930 bis 1945 und von 1951 bis 1954.

Die Frage des Wirtschaftswachstums, in der sich die Parteien nicht gravierend voneinander unterschieden, wurde ebenfalls in die Debatte vor dem zweiten Wahlgang einbezogen. Die eher niedrigen Wachstumsraten und hohen Zinssätze während der ersten Amtszeit Lulas wurden von der Opposition kritisiert. Lula verteidigte sich mit dem Verweis auf nachhaltiges, aber langsames Wachstum und einer graduellen Senkung der Zinssätze. Aus Sicht des Präsidenten sollte dem Problem des brasilianischen Wirtschaftswachstums mit langfristig wirksamen Maßnahmen begegnet werden, indem die steuerliche Belastung verringert und eine generelle Steuerreform, besonders über Entlastungen im Bereich der Exporte und durch Vereinfachungen der Gesetzgebung, vorgenommen wird. Die Vorschläge des Oppositionskandidaten waren wenig innovativ. Alckmin forderte, die öffentlichen Ausgaben besser zu kontrollieren, machte jedoch keine detaillierten Angaben, wie das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden könnte. In den Debatten verteidigte er seine Idee, dass der steuerliche Rechnungsausgleich zentral für ein ansteigendes Wirtschaftswachstum wäre. Lula sah dagegen keinerlei Handlungsspielraum dafür, die Staatsausgaben weiter zu senken, ohne Sozialprogramme und Angestelltengehälter kürzen zu müssen.

Die Debatte um Sozialprogramme, die zur Bekämpfung der Armut aufgelegt worden sind, spielte in der Auseinandersetzung eine wichtige Rolle. Die Zustimmung zu den Programmen ließ dem Oppositionskandidaten keine andere Wahl, als für die Weiterführung von „Bolsa Família“ und dessen Verbesserung zu plädieren.

Die Politikreform war ebenfalls ein Streitpunkt. Dabei waren zwei Themen von besonderem Interesse: *erstens* die Wahlkampffinanzierung und *zweitens* die Möglichkeit der Wiederwahl. Auch hier gab es einen Konsens zwischen den Kandidaten. Beide stimmten angesichts der aktuellen Skandale einer Finanzierung des Wahlkampfes aus öffentlichen Mitteln zu. Die Möglichkeit der Wiederwahl wurde ebenfalls von beiden als demokratieschädlich, insbesondere im Sinne der Einflussnahme der Exekutivorgane auf den Wahlprozess, eingestuft.

Die Meinungsumfragen prognostizierten für Lula im zweiten Wahlgang einen mögli-

chen Sieg. Die Wahlergebnisse bestätigten die Prognosen. Lula gewann die Wahlen mit 60,83 Prozent der gültigen Stimmen, Alckmin dagegen erhielt nur 39,17 Prozent.¹⁵

Im zweiten Wahlgang änderte sich an der bereits im ersten Wahlgang erkennbaren Tendenz zu Gunsten Lulas nichts. Regional gesehen, gewann Lula vorwiegend im Nordosten und Norden des Landes, Alckmin dagegen im Süden und im Bundesstaat São Paulo. Auch die Stimmergebnisse in den Staaten, die besonders von landwirtschaftlich geprägten Industriezweigen leben, blieben auf dem gleichen Niveau wie im ersten Wahlgang. Auch in den Staaten Mato Grosso do Sul, Mato Grosso, Paraná und Rio Grande do Sul verlor der Präsident die Wahlen, nur der Bundesstaat Goiás fiel an ihn zurück.

Perspektiven der neuen Lula-Regierung

Vom politischen Standpunkt aus gesehen, zeigt die neue Parteienkonstellation nach den Wahlen eine überraschend starke Stimmverteilung zu Gunsten der PT und Präsident Lula, wenn man die entgegengesetzten Voraussagen und Verwicklungen der PT in die Skandale im Vorfeld der Wahlen bedenkt. Die PT ist 2006 weiterhin die Partei mit der höchsten Anzahl an Sitzen im Abgeordnetenhaus mit 15,01 Millionen Stimmen, es folgt die PMDB mit 14,57 Millionen.¹⁶ Wichtig ist, dass sich der wieder gewählte Präsident größerer Unterstützung der brasilianischen Bundesstaaten als nach den Wahlen von 2002 sicher sein kann. Dieser Faktor spielt deshalb für die Politik Brasiliens eine zentrale Rolle, weil die Gouverneure¹⁷ großen Einfluss auf

¹⁵ Vgl. <http://www.justicaeleitoral.gov.br/resultado/index.html> (11. 11. 2006).

¹⁶ Vgl. http://oglobo.globo.com/blogs/ilimar/default.asp?cod_blog=18&palavra=&pagAtual3. Auch mit einer höheren Stimmenanzahl bleibt die PT hinter der PMDB zurück, da die Repräsentation der Regionen und Koalitionen das Sitzverhältnis verzerrt. Vgl. dazu Silvana Krause/Rogério Schmitt (Hrsg.), *Partidos e Coligações Eleitorais no Brasil, Rio de Janeiro–São Paulo 2005*; David Samuels, *Número e Distribuição de Cadeiras dos Deputados*, in: Leonardo Avritzer/Fátima Anastásia (Hrsg.), *Reforma Política no Brasil, Belo Horizonte 2006*; Jairo Marconi Nicolau, *As distorções na representação dos estados na Câmara dos Deputados*, in: *Revista Dados*, (1997) 40/03.

¹⁷ Die brasilianischen Gouverneure sind mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer vergleichbar. Über die Rolle der Gouverneure in der neuen Demokratie

die Abgeordneten ihres Bundeslands haben. Einige Analysten vertreten die Meinung, dass sie stärkeren Einfluss ausüben als die eigenen Parteien. Hinsichtlich der Unterstützung des Präsidenten im Kongress haben sich die Parteienkonstellationen und die Anzahl der Parteien nicht wesentlich verändert. In den Wahlen von 2002 wurden insgesamt 19 Parteien gewählt, 2006 waren es 21. Zum ersten Mal kam bei den Wahlen im Jahr 2006 eine Fünf-Prozent-Hürde („Cláusula de Barreira“) zur Anwendung. Von den 29 beim Obersten Wahlgericht (TSE) registrierten Parteien erreichten nur sieben¹⁸ die gesetzlich erforderlichen fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Nach dem Gesetz verlieren die Parteien, die die erforderliche Stimmzahl nicht auf sich vereinen konnten, ihr Recht auf die Beteiligung an verschiedenen Gremien im Senat und Abgeordnetenhaus (Direktorentisch, fachliche Kommissionen); sie erhalten keine finanzielle Unterstützung mehr aus der öffentlichen Parteienfinanzierung, und ihnen bleibt der Zugang zur kostenlosen Radio- und Fernsehwerbung verwehrt.

Unter den Parteien, welche die erforderliche Stimmzahl nicht erreichen konnten, sind die Liberale Partei (Partido Liberal = PL) und die Arbeiterpartei Brasiliens (Partido Trabalhista Brasileiro = PTB) hervorzuheben, die zu den verbündeten Parteien des Präsidenten gehören und tief in die Korruptionsskandale verstrickt sind. Um Gesetze zu ändern und ihr Absinken in die politische Bedeutungslosigkeit zu verhindern, bleibt den durch die Fünf-Prozent-Hürde ausgeschlossenen Parteien nur noch die Möglichkeit von Parteibündnissen.

Trotz der Fünf-Prozent-Hürde wird der Präsident wahrscheinlich mit einer instabilen Parteienkonstellation regieren müssen. Man könnte es fast schon als eine Tradition brasilianischer Politik bezeichnen, dass die Unterstützung für den Präsidenten von der Vergabe politischer Ämter an die Parteien und von der Beliebtheit seiner Person abhängt. Zu Beginn einer neuen Amtszeit findet eine Regierung noch die Zustimmung der meisten Kongress-

abgeordneten. Dieser Zustand ändert sich erst in der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit, wenn sich die politischen Parteien wieder auf die Wahlen vorbereiten.¹⁹

2002 konnte die PT über 17,7 Prozent der Bundesabgeordneten bestimmen und kam zusammen mit den Bündnispartnern auf 25,3 Prozent der Sitze. Im Senat dagegen repräsentierten die PT und ihre Verbündeten nur 20,98 Prozent. In den Wahlen 2006 verringerte sich die legislative Basis der PT. Sie fiel auf 16,17 Prozent der Abgeordneten zurück und erreichte mit ihren Koalitionspartnern 18,9 Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus. Im Senat haben sie 13,58 bzw. 18,51 Prozent der Sitze errungen. Trotzdem spiegeln diese Zahlen nicht die wirklichen Stimmenverhältnisse im Nationalkongress wider, weil nicht berücksichtigt wird, dass viele der anderen Parteien Lula zwar unterstützen, aber durch ihren nicht offiziellen Status nicht in die Berechnung einbezogen werden. Zum Beispiel wurde die Brasilianische Sozialistische Partei (Partido Socialista Brasileiro = PSB), die immerhin 5,2 Prozent der Bundesabgeordneten stellt und 3,7 Prozent der Sitze im Senat besetzt, wegen regionaler Streitigkeiten einfach nicht in die Wahlkampagne von Lula aufgenommen. Andere Parteien, die in die Korruptionsskandale verwickelt waren (PL, PTB und PP = Partido Progressista), tauchten ebenfalls nicht auf den Wahlplakaten Lulas auf, stellen jetzt jedoch eine wichtige Stütze für den Präsidenten im Parlament dar. Denn die drei Parteien erreichen zusammen immerhin 16,95 Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus und 9,8 Prozent der Senatssitze.

Die stärkste Herausforderung für den Präsidenten wird die PMDB sein, die die größte Fraktion mit 17,3 Prozent im Abgeordnetenhaus und die zweitgrößte (18,51 Prozent) im Senat stellt. Auch wenn die PMDB keine sehr enge Zusammenarbeit mit der Regierung Lula pflegte, ist ein Teil der Partei bereits aktiv in der Regierung, inklusive den Ministerien, vertreten. Dies macht deutlich, dass die Zustimmung der Parteivorsitzenden der PMDB zur Regierung Lulas in dieser Amtsperiode größer ist, und auch Lula demonstriert Offenheit, den Spielraum für die Partei

Brasiliens vgl. Fernando Luiz Abrucio, *Os barões da federação: os governadores e a redemocratização brasileira*, São Paulo 1998.

¹⁸ PT: 15,58 %; PMDB: 15,12 %; PSDB: 14,13 %; PFL: 11,34 %; PP: 7,42 %; PSB: 6,38 %; PDT: 5,4 %.

¹⁹ Vgl. Carlos Ranulfo Melo, *Retirando as cadeiras do lugar. Migração partidária dos deputados (1985–2002)*, Belo Horizonte 2004.

zu erweitern. Allen politischen Einschätzungen nach wird Lula zu Beginn seiner zweiten Amtszeit mit etwa 59 Prozent der Abgeordnetenstimmen rechnen können, ähnlich wie während seiner ersten Amtszeit.²⁰

Aus Sicht der Opposition sind die beiden wichtigsten Parteien die PSDB und die Partei der Liberalen Front (Partido da Frente Liberal = PFL), die zusammen 25,34 Prozent der Stimmen im Abgeordnetenhaus und 40 Prozent der Stimmen im Senat haben. Die PFL war jedoch der größte Verlierer der Wahlen, denn sie verlor ihre treuen Wähler im Nordosten des Landes an die PT. Traditionell waren die konservativen Parteien aus dem rechten Spektrum in Brasilien in den ärmeren Regionen des Landes (Norden und Nordosten) erfolgreich, die fortschrittlicheren Parteien und die des linken Spektrums konnten sich dagegen in den urbanisierteren und industrialisierteren Regionen des Landes (Süden, Südosten) behaupten. Die PSDB wird nun zwei Gouverneure in den wichtigsten Bundesstaaten des Landes im Südosten (Minas Gerais und São Paulo) und einen Gouverneur im Süden (Rio Grande do Sul) stellen. Jedoch haben die wichtigsten Führungskräfte der Partei, die diese Bundesstaaten regieren werden (José Serra, Aécio Neves und Ieda Crusios), keinerlei Interesse daran, eine starke Opposition gegen den Präsidenten zu bilden. Um ihre Bundesstaaten erfolgreich zu regieren und so ihre Wiederwahl 2010 zu sichern, sind sie auf seine Hilfe angewiesen.

Die Ankündigungen des wieder gewählten Präsidenten lassen den Schluss zu, dass keine großen wirtschaftspolitischen Veränderungen zu erwarten sind. Trotz der Debatte vor dem zweiten Wahlgang um die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums oder der Beibehaltung der strengen Inflationskontrolle sowie der hohen Zinssätze deutet nichts darauf hin, dass eine Veränderung in der Wirtschaftspolitik zu erwarten ist. Lula beabsichtigt, ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent pro Jahr zu erreichen, dabei den Anfangsüberschuss auf hohem Niveau bei etwa 4,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu halten, um die Staatsschulden zu reduzieren und einen schwankenden Wechselkurs zu stabilisieren.²¹

Weiterhin wird der Präsident Investitionen in die Infrastruktur des Landes tätigen müssen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, damit er seine Sozialpolitik und die Umverteilung von Einkommen fortsetzen kann, worin die politischen Stärken seiner ersten Amtszeit gelegen haben. Sodann sind die offenen Rechnungen für bereits erfolgte Investitionen zu begleichen, die sich auf 57 Prozent der geplanten Investitionen des für 2007 verabschiedeten Haushalts belaufen.²² Ein weiteres Problem ist die Wiederaufnahme der Schuldenverhandlungen zwischen Bund und Ländern, die ein Hauptinteresse für viele der neu gewählten Gouverneuren darstellt, weil sie ihre Arbeit unter günstigeren finanziellen Startbedingungen aufnehmen möchten. Für den Präsidenten wird dies jedoch keine leichte Aufgabe sein, da er die Unterstützung der Gouverneure benötigt.

Selbst bei der Formulierung einer minimalen Agenda zeigten sich die Schwierigkeiten der neuen Regierung. Präsident Lula muss versuchen, zwischen den verschiedenen Interessengruppen, zum Beispiel den brasilianischen Unternehmern, und anderen Sektoren, die nicht direkt an die Partei gebunden sind, zu vermitteln. Der Präsident scheint aber vor allem die Absicht zu verfolgen, seine Regierung auf eine breitere Basis zu stellen. Wichtig wird dabei am Ende zweierlei sein: ob seine Partei ihm dabei folgen wird und ob seine möglichen Bündnispartner keine zu hohen Forderungen stellen werden.

²⁰ Vgl. Folha de São Paulo vom 30. 10. 2006.

²¹ Vgl. Revista „Isto É“ vom 8. 11. 2006.

²² Vgl. Folha de São Paulo vom 3. 10. 2006.

Anne Huffschnid

Traurige Demokratie: Mexiko vor der „Unregierbarkeit“

Immerhin 380 Personen aus dem In- und Ausland scheinen sich dem scheidenden Präsidenten Vicente Fox zu Dank verpflichtet zu fühlen. Das zumindest lässt sich einer Liste aus dem Präsidentenamts entnehmen, auf der minutiös 803 empfangene Geschenke verzeichnet sind – darunter eineinhalb Dutzend Pferdeskulpturen, Stiefel, Sattel und Gürtelschnallen mit eingraviertem Namen.

Anne Huffschnid

Dr. phil., geb. 1964; Publizistin und Kulturwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Lateinamerika, insbes. Diskurskulturen, politische Öffentlichkeit, Urbanität und Kulturaustausch.
a.huffschnid@t-online.de

Die teils recht exotischen Gaben, so ließ der Regierungssprecher verkünden, sollen in einem neu zu errichtenden Fox-Museum ausgestellt werden, zusammen mit Anschauungsmaterial aus der „ersten demokratischen Re-

gierung“, die die Dinosaurier der institutionalisierten Revolution (PRI) im Sommer 2000 von der Macht verjagt habe.

Die meisten Mexikaner aber dürften dankbar dafür sein, dass eine etwaige Wiederwahl des derzeitigen Staatschefs per Verfassung von vornherein ausgeschlossen war. Kein Präsident ist in der öffentlichen Achtung so tief gesunken wie der einstige Coca-Cola-Manager. Vor allem dessen Realitätsverlust ist bestürzend: „Während Oaxaca brennt, ist Fox am Dekorieren“, kommentiert die Politikwissenschaftlerin Denise Dresser, eine der renommiertesten Kolumnistinnen Mexikos, das grotesk anmutende Museumsprojekt. Doch der schwelende Brandherd in Südmexiko – der bislang fast 20 Menschen das Leben kostete – und das anhaltende Nachwahldebakel, das Mexiko in seine bislang tiefste politische Krise stürzt, trüben die Fox'sche Laune nicht. Er übergebe das Land „in Frieden und sozialer Ruhe“, verkündete er im September gut gelaunt vor Unternehmern, seine Administra-

tion habe die größten Probleme „weitgehend gelöst“. Nachfolger Felipe Calderón, der wie Fox aus der konservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN) kommt, wird es zähneknirschend vernommen haben. Nie wurde ein neuer Präsident so wenig um seinen Job beneidet wie der ehrgeizige Karrierepolitiker Calderón.

Es ist eine triste Erbschaft, die der erste Post-PRI-Präsident hinterlässt. Das Traurigste ist, dass sich gar nichts Wesentliches geändert hat an der Armut und den Einkommensunterschieden, an lokalem Kazikentum, an der Straflosigkeit für Gewaltverbrechen, an den Wanderströmen gen Norden oder der alles durchsickernden Macht der Drogenkartelle. Wer vor sechs Jahren nach der Abwahl der mafiösen Quasi-Partei PRI auf die demokratische „Gesundung“ des Landes gehofft hatte, sah sich im Laufe der Jahre und spätestens seit den desaströs verlaufenden Präsidentschaftswahlen im Juli 2006 eines Schlechteren belehrt. Heute ist Mexiko gespalten: in links und rechts, in Norden und Süden, in Arme, absturzfähige Mittelschichten und die oberen Hunderttausend, in die Zornigen, die keinerlei Vertrauen mehr in die etablierte Politik haben, und in jene, die ihrem Rassismus und Klassendünkel freien Lauf lassen. Sein politisches Kapital hat „der Mann, der nicht zu regieren wusste“, wie Denise Dresser schreibt, mit vollen Händen verspielt.

Gelobt werden zumindest die glänzenden Wirtschaftsdaten. Zwar ist die Wirtschaft nicht wie angekündigt um sieben Prozent im Jahr gewachsen, in den letzten zwei Jahren aber immerhin um drei bis vier Prozent, Tendenz für 2007 steigend. Die Inflation ist auf drei Prozent geschrumpft, die Devisenkasse – dank hoher Ölpreise und einem Exportüberschuss in die USA – gut gefüllt. Zu mehr Arbeit im eigenen Lande hat das jedoch nicht geführt: Während Fox noch 1,3 Millionen neuer Arbeitsplätze pro Jahr versprochen hatte, seien in seiner gesamten Amtszeit höchstens 450 000 Jobs geschaffen worden, rechnet der Ökonom José Luis Calva vor – zu wenig für die Millionen neuer Arbeitssuchender. Auch an dem sozialen Gefälle hat die Makro-Bilanz nichts geändert: Noch immer müssen 17 Millionen Mexikaner und Mexikanerinnen mit einem Dollar, 26 Millionen mit zwei US-Dollar pro Tag auskommen

– die reichsten zehn Prozent verschlingen hingegen 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Fast noch gravierender scheint die Aushöhlung des Politischen. Der einstige Autoritarismus unter dem präsidentialen PRI-Monopol, mit seinen Hierarchien, Spielregeln und Intrigen, ist um den schwachen Präsidenten Fox zu einem wilden Marktplatz aus Marketing und Medienmächten mutiert. Das diesjährige Wahlprozedere wurde als eine Art politischer Krieg exerziert, bei dem sich die beiden Hauptkonkurrenten – die jeweils ca. 35 Prozent der Stimmen auf sich vereinigten – zum Sieger erklärten. So hat das gesplante Mexiko künftig zwei Präsidenten: einen symbolischen – den Linken Andrés Manuel López Obrador (kurz AMLO genannt), der sein „Amt“ als „Gegenpräsident“ am 20. November 2006 unter freiem Himmel auf dem *Zócalo*, dem Hauptplatz vor dem Präsidentenpalast angetreten hat –, und einen offiziellen, den Konservativen Calderón, der am 1. Dezember unter strengster Bewachung in sein Amt eingeführt worden ist.

Ob AMLO am 2. Juli 2006 tatsächlich um seinen Wahlsieg betrogen wurde, wie er selbst und ein paar Millionen Mexikaner glauben, wird man wohl nie mehr erfahren. Die Frage ist zunächst, was man unter Betrug versteht. Die beispiellose Angstkampagne gegen den populären Linkskandidaten, in der PAN und Unternehmerverbände vor einem „mexikanischen Chávez“ und heillosem Krisenchaos warnten, verstieß zweifellos gegen alle Grundregeln des politischen Fairplay – und brach im Fall der scheinbar „neutralen“ Unternehmer-Werbespots zudem geltende Gesetze. Unstrittig ist auch der allerorten konstatierte „Ameisen-Betrug“ am Wahltag selber, die Manipulation von Stimmzetteln, Wahlurnen und Zahlen. Ein gigantischer, zentral gelenkter *fraude*, der Wahlbetrug, wäre das alles noch nicht. Doch von diesem sind AMLOs Anhänger fest überzeugt. Zwei Monate lang haben sie die *resistencia*, den Widerstand, gegen den vermuteten *fraude* geprobt und eine Neuauszählung aller Stimmzettel gefordert. Jeden Sonntag gab es gigantische Kundgebungen auf dem *Zócalo*, sechs Wochen lang hatten Zehntausende die Innenstadt mit einem kilometerlangen Zeltlager blockiert. Zugleich reichte die AMLO-Partei der Demokratischen Revolution (PRD) vor dem

Wahlgericht fristgemäß die formale Anfechtung ein. Anfang September aber war das Gefecht vorbei, das Gericht erklärte Calderón mit einer hauchdünnen Mehrheit von 0,56 Prozent zum „rechtmäßig gewählten Präsidenten“. Dass das „Rätsel der Regierbarkeit“, wie die mexikanische Tageszeitung *La Jornada* schrieb, damit gelöst sei, werden selbst die Richter nicht geglaubt haben. *No pasará*, er kommt nicht durch, lautet bis heute die Losung der Protestbewegung. Hauptziel scheint zu sein, Calderón um nahezu jeden Preis am Regieren zu hindern.

Dabei hätte es mit der Neuauszählung – für die sich Umfragen zufolge selbst PAN-Wähler ausgesprochen hatten – einen einfachen Weg gegeben, die Legitimitätskrise abzuwenden. Zwar lag diese formal in der Entscheidung von Richtern und nicht von Politikern. Und womöglich gab es keine zwingenden legalen Gründe für das erneute Öffnen sämtlicher Wahlurnen. Doch wenn sich Felipe Calderón zumindest in diesem Punkt seinem Kontrahenten López Obrador angeschlossen hätte, dann hätte das Gericht kaum etwas anderes als eine erneute Auszählung beschließen können – mit offenem Ausgang. Wäre wirklich alles mit rechten Dingen zugegangen, hätte Calderón die historische Chance auf eine Doch-Noch-Legitimierung seines umstrittenen Wahlsiegs verspielt. So aber wird den neuen Präsidenten für alle Zeit die Aura eines politischen „Betrügers“ umgeben, der sich aus guten Gründen gegen die Überprüfung des Ergebnisses gewehrt habe.

Das Fatale daran ist: Es ging nicht mehr nur um die Glaubwürdigkeit der eigenen Partei und Person, sondern um die der politischen Institutionen. Wie der Kommentator Jorge Chabat feststellt, ist den Mexikanern aufgrund ihrer Erfahrung mit dem real existierenden Autoritarismus „das Misstrauen gegenüber der Regierung in die DNA geschrieben“. Vor sechs Jahren gab es Grund zur Hoffnung, diese politische Genetik allmählich umzukodieren. Die eigentliche „Feuerprobe“ (*Wall Street Journal*) war, dieses Jahr zu bestehen, als die Mexikaner nicht mehr zwischen „PRI“ und „Demokratie“, sondern erstmals zwischen zwei klar konturierten politischen Projekten zu wählen hatten. Heute richtet sich das Misstrauen nicht mehr nur gegen Parteien und Regierung, sondern gleich gegen das gesamte institutionelle Gefüge aus

Gerichten und Behörden. Regierbar ist Mexiko, auch zu den turbulentesten Zeiten des alten Systems, immer gewesen. Nicht nur als Machtapparat, sondern auch als Integrationsmacht und nicht zuletzt als einigendes Feindbild hielt die PRI das politische System zusammen. Doch wie Felipe Calderón nach seinem Amtsantritt am 1. Dezember effektiv regieren will, bleibt in der Tat rätselhaft.

Das wird auch davon abhängen, was die Linke mit dem großen politischen Kapital anzufangen gedenkt, das sie zunächst aus ihrem allzu siegesgewissen Wahlkampf und heute aus der *resistencia* gewinnt. Nie war die Linke populärer in Mexiko: 35 Prozent Wählerstimmen sind ein historischer Rekord, im Parlament stellt die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) mit 159 von 500 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion, die Bewegung um AMLO ist die größte Massenmobilisierung seit Jahrzehnten. Doch wie künftig der Spagat zwischen Straße und Kongress, zwischen hehren Prinzipien und Pragmatismus aussehen soll, ist offen. Am 16. September, dem Unabhängigkeitstag, lud López Obrador zu einer „Nationalen Demokratischen Konvention“ (CND) auf den Zócalo, die ihn als Erstes per Handzeichen zum „legitimen Präsidenten“ erkor. Unumstritten war das auch unter Anhängern nicht, wegen des Bruchs der Verfassung und auch aus Sorge, nicht ernst genommen zu werden. Man wolle sich aber auf keinen Fall in die „Oppositionsrolle“ drängen lassen, rechtfertigte López Obrador die umstrittene Zeremonie, der Präsidententitel stehe schließlich für den „moralischen Sieg“.¹

Worin genau Mandat und Mission seiner „Regierung“ liegen sollen, ist unklar. Denn es gibt zwar ein zwölfköpfiges „Kabinett“, das Anfang November der Öffentlichkeit präsentiert wurde, aber selbstredend keinen Haushalt, keine Infrastruktur, keine Büroräume und keine legalen Instrumente. „Das ist mehr eine qualitative als eine quantitative Frage“, meinte AMLO im Interview ausweichend. Die künftigen Arbeitsgebiete steckte er weit ab: Man werde „gegen die Privilegierten“ des Landes „das Volk verteidigen“, die „Monopole bekämpfen“ und sich vor allem der „Ma-

rionette“ Calderón in den Weg stellen. So scheint es zunächst vor allem darum zu gehen, zivilen Ungehorsam zu organisieren, etwa durch den Boykott der Firmen, die die PAN unterstützt haben. Zudem will man als „mobile Regierung“ durch die Lande ziehen, die Forderungen „der Menschen von unten“ aufnehmen und Pläne der regierenden Rechten, etwa im Bildungs- oder Energiesektor, vereiteln. Mittelfristig soll eine „neue Verfassung“ erarbeitet werden.

Ungewiss ist, wie diese außerparlamentarische Opposition mit den linken Parlamentariern und den von der PRD gestellten Landesregierungen – immerhin in sechs von 32 Provinzen, einschließlich der mächtigen Hauptstadt – „im Widerstand“ künftig zusammenarbeiten wird. Die Gouverneure geben sich schon jetzt pragmatisch. Natürlich werde man, so der Landeschef von Michoacan, Lázaro Cárdenas Batel, künftig mit der Calderón-Regierung „kooperieren“ müssen. Der PRD-Senator Carlos Navarrete gelobte zwar, alle wichtigen Entscheidungen „mit der Bewegung abzusprechen“. Doch gehorchten Straßenproteste und Parlament bekanntlich „unterschiedlichen Logiken“. In letzterem gehe es um Verhandeln, López Obrador fungiere da vor allem als „Symbol des Widerstands“. Ihren ersten „Sieg“ haben die linken Parlamentarier dann auch an symbolpolitischer Front errungen. Als Vicente Fox am 1. September im Kongress wie jedes Jahr seinen Rechenschaftsbericht vorlesen wollte, hatten die Abgeordneten kurzerhand die gesamte Rednertribüne besetzt, und Fox musste unverrichteter Dinge den Saal verlassen. Die symbolpolitische Schlacht setzte sich zur Zeit der Unabhängigkeitsfeiern Mitte September auf dem Zócalo fort – der allseits befürchtete Zusammenstoß blieb jedoch aus. Fox ließ wohlweislich die offizielle Feier an einen anderen Ort verlegen; im Gegenzug wurden die Protestlager in der Innenstadt geräumt. So konnte vormittags die Militärparade friedlich vonstatten gehen und nachmittags die oppositionelle „Konvention“. Schließlich wurde auch die traditionelle Sportparade zum 20. November, dem Nationalfeiertag der mexikanischen Revolution, kurzerhand abgeschafft. Denn just dieses symbolträchtige Datum hatte sich AMLO für seinen „Amtsantritt“ auf dem Zócalo ausgewählt.

Manches an der *resistencia* erinnert durchaus an die Zapatistas, die unorthodoxe Auf-

¹ Radio-Interview mit der mexikanischen Starjournalistin Carmen Aristeguí, am 3. Oktober 2006, im Sender *W Radio*.

standsbewegung aus dem südöstlichen Chiapas, die 1994 die mexikanische und internationale Öffentlichkeit überrascht hatte. Seit Jahresanfang zieht die „Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung“ (EZLN) – in demonstrativer Distanz zum Wahlkampfgerangel – mit ihrer „anderen Kampagne“ durch die Lande, mobilisiert gegen die „Wahlfarce“, die „verratenen Institutionen“ und die gesamte politische Klasse. Der große Unterschied: Die radikaldemokratischen Zapatistas hatten sich seit Beginn gegen das politische Establishment gerichtet, López Obrador erst, seit es ihn selber – für alle überraschend – außen vor gelassen hat. Nicht nur EZLN-Anhänger kritisieren, dass sich der Linke heute von ehemaligen PRI-Kadern beraten lässt. Vor allem aber hatten die Zapatistas dem Linkspolitiker seinen Mangel an antikapitalistischer Entschlossenheit vorgehalten und ihn als Statthalter des Neoliberalismus attackiert. Ein Bündnis der beiden ungleichen Bewegungen ist somit nicht in Sicht. Schon von der Größe her trennen sie Welten: Um die „andere Kampagne“ scharen sich heute einige Tausend, AMLO weiß ein paar mobilisierbare Millionen hinter sich.

Während des Wahlkampfes hatte López Obrador tatsächlich ein eher harmloses sozialdemokratisches Programm verkündet, das ausdrücklich einen „technischen, nicht ideologischen Umgang mit der Wirtschaft“ vorsah. Es sollte mehr Sozialhilfe für die Alten sowie Stipendien für mittellose Junge geben, und die öffentliche Infrastruktur sollte ausgebaut werden. Finanzieren wollte er dies – für einen Linken eher unüblich – mit einer rigiden Sparpolitik in der Ministerialbürokratie und einer effektiven Steuerpolitik – keiner Erhöhung, vielmehr dem Abbau der Steuerprivilegien für Bestverdienende; mit gerade einmal zehn Prozent hat Mexiko eine der niedrigsten Steuerquoten der Welt. In den vergangenen Monaten jedoch überschlägt sich die Rhetorik zuweilen: Da werden die Institutionen kurzerhand für „überflüssig“ erklärt, die Rechte als „neofaschistisch“ und der vermutete Wahlbetrug als „Staatsstreich“ gebrandmarkt. Das gigantische Protestlager, das so lange das Stadtzentrum lahm legte, war selbst bei Wählern und prominenten Sympathisanten – darunter etwa der Literat Carlos Fuentes – umstritten. Ein Trugschluss aber ist die verbreitete Vorstellung, López Obrador könne die Proteste nach eigenem Gutdünken

einfach an- und ausknipsen. Denn der Frust über die vermeintliche Wahlniederlage entspringt ja keiner individuellen, sondern einer gesellschaftlichen Kränkung. Fest verankert im kollektiven Gedächtnis ist der „Schatten von 1988“, als ein ominöser Computerabsturz die Ergebnisse über Nacht zugunsten der PRI wendete, wie auch der *desafuero*, der Versuch von Präsident Fox, noch vor Beginn der Wahlkampagnen den unliebsamen Linken per Gerichtsverfahren außer Gefecht zu setzen. So sei die Entscheidung über das Protestcampen auch ein Mittel gewesen, argumentierte López Obrador im besagten Radio-Interview, um „das Überlaufen der Bewegung zu verhindern“ und den aufgestauten Zorn friedlich zu entladen. Bemerkenswert ist in der Tat, dass in den sechs Wochen des Zeltlagers keine einzige Fensterscheibe zu Bruch gegangen ist.

Ein gewissermaßen umgekehrter Diskurswechsel zeichnet sich bei Felipe Calderón ab. Hatte dieser seinen Widersacher zuvor noch allen Ernstes als „Gefahr für Mexiko“ bezeichnet und als „Gewaltprediger“ verunglimpft, so proklamiert er neuerdings die „Versöhnung“ mit dem politischen Gegner. Doch schon das politische Milieu des 44-Jährigen lässt kaum auf Deeskalation hoffen. Zwar gilt der studierte Jurist und Harvard-Absolvent eher als konservativer Wirtschaftsliberaler denn als fanatischer Fundamentalist. Zugleich aber ist Calderón Presserecherchen zufolge eng mit dem militanten Rechtskatholizismus – etwa dem Geheimbund „El Yunque“ – verbandelt. Wenig glaubhaft ist auch die Umstrukturierung des Programms: Ganz oben auf der Agenda soll nun die „Überwindung der Armut“ stehen – vor den Wahlen hatte er den AMLO-Slogan „Für das Wohl aller, die Armen zuerst“ als billigen Populismus abgetan. Wie Fox setzt auch der Wirtschaftsliberale Calderón auf die Selbstheilungskräfte des Marktes und die Fortschreibung der schon vor zwanzig Jahren eingeleiteten Wende hin zu einem „minimalistischen und verteufelten Staat“, wie der ehemalige Finanzminister David Ibarra schreibt. Aktive Industriepolitik zur Förderung des Mittelstandes ist, aller Rhetorik zum Trotz, ausgeblieben. Vom Handelsbilanzüberschuss mit den USA, dieses Jahr immerhin 60 Milliarden US-Dollar, profitieren nach wie vor gerade ein paar Hundert Exportkonzerne. Vergleichsweise hilflos steht das einheimische

Gewerbe auch dem neuen Konkurrenten China gegenüber: Schon jetzt hat die asiatische Großmacht Mexiko auf den dritten Platz der Exporteure auf den US-Markt verdrängt. Ganze Industriebranchen wandern nach Osten ab; Schätzungen zufolge sollen 600 000 Arbeitsplätze an das Billigstlohnland verloren gegangen sein. Dringend erforderlich wären zudem Investitionen des staatlichen Erdölkonzerns PEMEX in die Erschließung neuer Ölvorkommen. Zwar sorgen die hohen Weltmarktpreise derzeit für gute Staatsfinanzen, die Frage ist aber, wie die Zeitschrift *proceso* schreibt, wie lange „die Henne noch goldene Eier legt“. Das von der Verfassung vorgeschriebene Staatsmonopol auf die Erdölförderung aber ist der PAN seit jeher ein Dorn im Auge. So zählt die sukzessive Privatisierung des Öl- und Stromsektors ebenso zu den Lieblingsprojekten der Unternehmerpartei wie die Flexibilisierung der relativ arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsgesetze und die Öffnung für klerikale Einflüsse vor allem im Bildungswesen.

Für all das sind jedoch Gesetzes- oder gar Verfassungsreformen erforderlich. Erstere hängen davon ab, wie die Konservativen sich mit der PRI ins Benehmen setzen. Zur einfachen Mehrheit fehlen den 205 PAN-Parlamentariern in dem 500-köpfigen Kongress noch mindestens 46 der 106 PRI-Stimmen; im 128-köpfigen Senat brauchen die 52 PAN-Senatoren noch die Unterstützung von mindestens 13 der 33 PRI-Senatoren. Verfassungsänderungen – etwa in den Bereichen Energie oder Bildung – benötigen sogar eine Zweidrittelmehrheit und sind daher gegen die starken PRD-Fraktionen in Kongress und Senat derzeit kaum durchzusetzen.

Eine gewisse Ohnmacht herrscht auch in dem spannungsgeladenen Verhältnis gegenüber dem Norden. Zwar wickelt Mexiko ca. 90 Prozent seines Außenhandels mit den USA ab, rund 65 Prozent der Investitionen sind US-amerikanischer Herkunft. Dennoch sind die Beziehungen derzeit eher unterkühlt. Das hat vor allem mit der gemeinsamen Grenze als permanente Konfliktregion zu tun. Für einhellige Empörung sorgte in Mexiko die Nachricht, dass US-Präsident George W. Bush im Oktober ein Gesetz über einen neuen Grenzzaun unterschrieben hat, der 1 100 der insgesamt 3 200 Kilometer langen Grenze abriegeln soll; bisher waren nur 112 Kilometer abge-

zäunt. Nicht weniger als 1,2 Milliarden US-Dollar will sich die US-Regierung die Grenzsicherung kosten lassen – neben der Sperranlage auch Radarstationen, Infrarotkameras und 1 500 neue Grenzpolizisten, die berüchtigte *border patrol*. Beobachter vermuten, dass das gigantische Bauvorhaben zunächst vor allem der diskursiven Aufrüstung dient: nämlich als Schutzwall gegen die in der US-Bevölkerung als bedrohlich empfundene – ökonomisch aber hochfunktionale – Arbeitsmigration, zugleich gegen Terroristen und sonstige Kriminelle „aus dem Süden“.

Millionen von Mexikanern versuchen Jahr für Jahr, die Grenze nach Nordamerika zu überwinden. Schätzungen zufolge gelang es im letzten Jahr rund 400 000 von ihnen; sehr viel mehr wurden abgefangen, und 472 Menschen starben bei dem Versuch der Grenzüberschreitung. Rund elf Millionen Mexikaner leben in den USA, die Hälfte von ihnen arbeitet ohne gültige Papiere in der US-amerikanischen Schattenwirtschaft. Das ist für Mexiko auch ökonomisch von existenzieller Bedeutung: Dieses Jahr belaufen sich die Rücküberweisungen der illegalisierten Arbeitsmigranten auf voraussichtlich 24 Milliarden US-Dollar und stellen damit nach den Öleinnahmen die wichtigste Devisenquelle dar. Ein radikaler Kurswechsel in Sachen Grenzprotektionismus ist auch von den neuen demokratischen Mehrheiten im US-Kongress nicht zu erwarten. Lediglich das demnächst zu verabschiedende Einwanderungsgesetz, das nach Bushs Vorstellungen „earned legalization“ mit Gastarbeiterquoten verbinden soll, wird womöglich noch ein wenig liberalisiert.

Die Entrüstung über die migrationsfeindliche US-Politik gehört in Mexiko zum Standardrepertoire nationaler Rhetorik. So äußerten sich selbst die Vertreter der US-freundlichen PAN-Regierung unmissverständlich: Vicente Fox sprach von „Schandmauer“, der Noch-Außenminister Ernesto Derbez bezeichnete die Pläne als „Beleidigung“ und kündigte eine Anzeige vor dem UNO-Menschenrechtsrat an, und auch Felipe Calderón verkündete kürzlich, schon der Bau der Berliner Mauer sei bekanntlich ein „schwerer Fehler“ gewesen. Bei einem Treffen mit George W. Bush am 9. November gab sich der designierte Präsident dann allerdings weniger kämpferisch: Man möge den Konflikt nicht

überbewerten, schließlich sei die Migration „nur ein Thema“ auf der bilateralen Agenda.

Doch auch bei einem weiteren „sensiblen“ Thema hat die mexikanische Regierung kein Druckpotenzial: Ab 1. Januar 2008 fallen laut dem 1994 in Kraft getretenen NAFTA-Vertrag (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) die letzten Einfuhrbeschränkungen für Mais und Bohnen – beides Schlüsselsektoren für die mexikanische Landwirtschaft, von der etwa drei Millionen Kleinbauern abhängen. Die ursprünglich anvisierte „Wettbewerbsfähigkeit“ hatten mexikanische Ökonomen von Anfang an als illusorisch kritisiert. In der Tat kann das Land, in dem Agrarsubventionen im Zuge der Liberalisierung radikal abgebaut wurden, mit der hochsubventionierten und -technisierten US-Landwirtschaft nicht mithalten: Werden in Mexiko gerade 2,5 Tonnen Mais und 635 Kilo Bohnen pro Hektar geerntet, sind es in USA 8,4 Tonnen Mais und 1 859 Kilo Bohnen.¹² Die Arbeitsproduktivität liegt in der US-Farmwirtschaft sogar 18 mal höher als im Süden. Schon heute beziehen die Mais-Multis in Mexiko ca. sechs Millionen Tonnen Mais aus den USA. Dies ist nicht nur ökonomisch, sondern auch in Bezug auf den biologischen Reichtum eine Bedrohung. Zwar ist genmanipulierter Mais in Mexiko verboten; alle Versuche von Biotech-Konzernen um die Zulassung von Versuchsfeldern waren bislang vergeblich. In der NAFTA aber ist der Umgang mit genmanipuliertem Mais nicht mehr ausdrücklich geregelt. Hatte López Obrador noch die Aufkündigung und Neuverhandlung dieser „Mais- und Bohnen-Klausel“ versprochen, so forderte Calderón bei seinem Treffen mit Bush lediglich eine „sanfte Landung“. Ob sanft oder vehement, das US-Agrarministerium hatte ohnehin kategorisch beschieden, dass man an Neuverhandlungen „nicht interessiert“ sei.

Mit dem Süden Amerikas verbindet Mexiko hingegen ein eher „lauwarmes Verhältnis“, wie die Politikwissenschaftlerin Olga Pellicer feststellt.¹³ Die ökonomischen Verflechtungen sind unbedeutend, 2003 gingen gerade 2,2 Prozent des Außenhandels nach Südamerika.

¹² Berechnungen von José Luis Calva, in: El Universal, 3. November 2006; http://www.eluniversal.com.mx/editoriales.vi_35875.html (10. 11. 2006).

¹³ Olga Pellicer, Mexiko – a Reluctant Middle Power? Dialogue on Globalization, Briefing Papers FES, Mexico 2006.

Politisch haben sich die Beziehungen – vor allem mit Blick auf die neuen Linksregierungen der Region – mit dem Amtsantritt der Konservativen Ende 2000 deutlich abgekühlt. Die traditionelle PRI-Außenpolitik, die zumindest rhetorisch stets auf Nichteinmischung und lateinamerikanische Souveränität pochte, ist einem geschmeidigen Globalisierungsdiskurs gewichen. Deutlich wurde dies auf dem Latino-Gipfel im argentinischen Mar de Plata Ende 2005, als der Bush-Freund Vicente Fox unter seinen US-kritischen Amtskollegen Lula, Kirchner oder Chávez geradezu isoliert wirkte. Dass Mexiko in absehbarer Zeit wieder zur einflussreichen „Brückennation“ wird, die die „anstehende Debatte um Multilateralismus“ zwischen „den Amerikas“ voranbringen könnte, wie Pellicer schreibt, gilt als unwahrscheinlich.

Wenig wahrscheinlich ist auch, dass Calderón – der stets für eine „harte Hand“ in der Verbrechensbekämpfung plädiert hat – sich in der Befriedung der innenpolitischen Streitfragen profiliert. Ähnlich wie Chiapas 1994 ist seit dem Sommer 2006 der Bundesstaat Oaxaca zum Symbol geworden: für die Eskalation eines sozialen Konflikts vom Funken zum Flächenbrand, für eine überraschend breite und entschlossene Bürgermobilisierung und für eine neue „Qualität“ der Repression. Die Hauptstadt Oaxacas, eine der malerischsten Kulturmetropolen Mesoamerikas, gleicht heute nach langer Belagerung einem Mikrokosmos der Unregierbarkeit, mit mehreren Hundert Verletzten und Verhafteten sowie über 50 Verschwundenen und 17 Toten.

Begonnen hatte alles Ende Mai mit einem Arbeitskampf der örtlichen Lehrer und Lehrerinnen; fast 70 000 gingen in den Ausstand. Schon wenige Wochen später, nach einem brutalen Polizeieinsatz gegen die Streikenden, wurde aus dem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen ein Widerstand gegen die lokalen Machthaber, allen voran gegen den PRI-Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz, einen Vertreter der uralten Garde, dem seit seinem zweifelhaften Wahlsieg 2004 Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Der Machtwechsel auf Bundesebene war an Oaxaca bislang vorbeigegangen; seit nunmehr fast 80 Jahren wird die Provinz, eine der ärmsten Mexikos, von der PRI regiert. Die „Volksversammlung der Bevölkerung Oaxacas“ (APPO) gründete sich – ein

breitgefächertes Bündnis aus 350 Organisationen, von Lehrern und Gewerkschaftern, Parteiaktivisten und spontan Politisierten, Punks und Studierenden; mittlerweile haben sich auch indigene Gruppen aus dem Rest des Bundesstaates angeschlossen. Zwar haben sich einige militante Gruppen dem bunten APPO-Reigen hinzugesellt, der Führungsrat – der auf dem Gründungskongress im November formal gewählt wurde – aber hat sich von bewaffneter Gewalt distanziert.

Viele Monate war das Stadtzentrum mit Hunderten von Barrikaden abgeriegelt, Dutzende öffentlicher Gebäude – darunter der Regierungspalast – waren besetzt, die Protestierenden hatten eine Radiostation gekapert und sendeten ununterbrochen aus dem „aufständischen Oaxaca“. Reporter berichteten von einer eigentümlichen Mischung aus Verzweiflung und Volksfest, „Venceremos“ wurde an Lagerfeuern angestimmt und auf Flugblättern die „Kommune von Oaxaca“ beschworen. Dabei geht es nicht um Revolution und Sozialismus, sondern zunächst um eine schlichte Forderung: Der verhasste Gouverneur soll gehen. Längst ist das rebellische Städtchen landesweit in aller Munde, seit Oktober gibt es Mahnwachen und Hungerstreiks in der Hauptstadt, „Solidarität mit Oaxaca“ ist zum obligatorischen Slogan nahezu jeder politischen Gruppe geworden.

Ins internationale Rampenlicht rückte der Konflikt erst mit der Ermordung des jungen US-Journalisten Bradley Will. Der Reporter des unabhängigen Nachrichtenportals Indymedia war am 27. Oktober bei einer Schießerei mit von der PRI angeheuerten Paramilitärs offenbar gezielt ins Visier genommen worden. Direkt am nächsten Tag marschierten auf Geheiß des Innenministers fast 4 000 Bundespolizisten in das belagerte Oaxaca ein. Sie räumten die Barrikaden im Stadtzentrum, verhafteten Protestierer und durchsuchten Wohnungen. Die APPO hat sich unterdessen auf dem Hochschulgelände verschanzt. Zwar sind die Lehrer im November wieder in die Klassenzimmer zurückgekehrt. Von Normalisierung oder gar Befriedung aber ist die Stadt weit entfernt.

An Befriedung ist ohne den Rücktritt des Gouverneurs nicht zu denken, darüber sind sich im Lande so gut wie alle politischen Analysten einig. Aus dieser Einsicht ist jedoch ein makaberer Politpoker entstanden,

der vor allem für das politische Zentrum von Bedeutung ist. Denn ihre 17 – von insgesamt 32 – Landesregierungen sind das einzige politische Kapital, das der PRI nach dem Verlust des Präsidentenamtes geblieben ist. Zur Opferung einer der ihren ist die Partei daher nicht kampfflos bereit. Dabei verfügt sie über ein mächtiges Pfand: die so dringend benötigte Unterstützung der PAN-Initiativen in Kongress und Senat. So trete der neue Präsident sein Amt als „Geisel der PRI“ an, meinte der Schriftsteller Fernando del Paso bitter.

Als Signal in Richtung harte Hand wird die Ernennung des neuen Innenministers Francisco Ramirez Acuña gewertet. An erster Stelle nannte Calderón bei seiner Antrittsrede Verbrechensbekämpfung, „mehr Sicherheit“ und einen höheren Sold für Militärangehörige. Zugleich kündigte er eine Kürzung des eigenen Gehalts und jenes seiner Minister an; mit dem Ersparten solle Soziales finanziert werden. Das allerdings ist kaum mehr als ein billiges Imitat: Exakt dasselbe hatte AMLO einst bei seinem Antritt als Bürgermeister von Mexikostadt kundgetan. Dieser verkündete unterdessen: „Es wird keine politische Normalität geben, solange es keine Demokratie gibt.“

Kaum ein politischer Beobachter geht derzeit davon aus, dass Felipe Calderón im Präsidentenamt die vorgesehene sechsjährige Amtszeit durchhält. Von seinem Vorgänger war kein politisches Kapital mehr zu erben. Endgültig vom Hoffnungsträger zum Totengräber der Demokratisierung aber wäre Vicente Fox geworden, wenn die Mexikaner unter seinem Nachfolger allmählich zu der Ansicht gelangen sollten, dass das „demokratische Spiel“ doch eine eher enttäuschende Erfahrung ist. Eine mobilisierte Minderheit, die heute AMLO für den „legitimen Präsidenten“ hält, wird sich links von den bestehenden Institutionen organisieren. Weit beunruhigender aber ist, dass die schweigende Mehrheit sich dann womöglich wieder nach den alten autoritären Ordnungsmächten zu sehnen beginnt. Schon heute kommt der PRI im gegenwärtigen Verteilungskampf mehr Macht zu, als ihr die Wähler eigentlich zugehört hatten: Umworben wird sie von links, vor allem aber als Mehrheitsbeschaffer für die PAN-Regierung. Dinosaurier sind eine zähe Spezies – und offenbar noch lange nicht museumsreif.

APuZ

Nächste Ausgabe 1–2/2007 · 2. Januar 2007

Patriotismus

Eckhard Fuhr

Was ist des Deutschen Vaterland?

Norbert Seitz

Die Nachhaltigkeit eines neuen Patriotismus

Matthias Biskupek

Gibt es einen spezifischen Ost-Patriotismus?

Roger Boyes

Die Neuen Patrioten

Tilman Mayer

Patriotismus – die neue bürgerliche Bewegung

Yves Bizenl

Nationalismus, Patriotismus und Loyalität zur offenen Republik

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Sabine Klingelhöfer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Wilhelm Hofmeister

3–4 **Demokratie in Lateinamerika**

Im „Superwahljahr 2006“ fanden in zwölf Ländern des Subkontinents Wahlen statt. Demokratie hat sich trotz all ihrer Schwächen und Probleme als dominierende Regierungsform in Lateinamerika durchgesetzt.

Juliana Ströbele-Gregor

5–11 **Indigene Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika**

Indigene Bewegungen sind in Lateinamerika zu wichtigen politischen Akteuren geworden. Sie haben sich vielfach zum Sprachrohr der gesellschaftlich Benachteiligten und Unzufriedenen entwickelt, die grundlegende gesellschaftliche Reformen oder alternative Gesellschaftsformen verlangen.

Ingo Niebel

12–18 **Neopopulismus oder Emanzipation?**

„Neopopulismus“ ist ein oft gebrauchtes Wort, mit dem in den USA und Europa versucht wird, den „Linksruck“ in Lateinamerika zu beschreiben. Dem weitverbreiteten Klischee des „Neopopulisten“ stellt der Autor die Realpolitik des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez gegenüber.

Günther Maihold

18–25 **Alte Konflikte und neue politische Kräfte im Andenraum**

Politische Neuorientierungen haben die jüngsten Wahlen in Bolivien, Peru und Ecuador geprägt. Unabhängig von der politischen Ausrichtung der neuen Regierungen stellen sich im Andenraum strukturelle Herausforderungen, die für eine erfolgreiche politische Entwicklung bewältigt werden müssen.

Silvana Krause

25–31 **Brasilien nach den Wahlen 2006**

Der Beitrag bilanziert die erste Amtszeit von Präsident Lula: seine Wahlkampfstrategie, die Konsequenzen für seine spätere Regierungsarbeit und die erreichten Ziele. Sodann werden die Präsidentschaftswahlen von 2006, die Strategien der Kandidaten und die Gründe genannt, die zur Wiederwahl Lulas geführt haben.

Anne Huffschmid

32–38 **Traurige Demokratie: Mexiko vor der „Unregierbarkeit“**

Die mexikanischen Präsidentschaftswahlen im Sommer 2006 haben das Land der Demokratie nicht näher gebracht. Der rechte Wahlsieger Felipe Calderón hat mit seinem eigenen Legitimitätsdefizit, politischen und sozialen Brandherden zu kämpfen. Sein linker Gegenspieler Andrés Manuel López Obrador fühlt sich um den Wahlsieg betrogen.